

# Holzarbeiter-Zeitung

Ne. 27  
37. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,  
6. Juli 1929

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Altköniglichen Park 2.  
Fernruf: Amt Hannover 6246.

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet. Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile. Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

## Retter des Handwerks.

Wenn von der Not des Handwerks und von der Notwendigkeit gesprochen wird, dem Handwerkerstand zu helfen, denkt man meist an den biederen, ehrlichen Meister, der einst als junger Geselle auf die Wanderschaft gegangen, sich dann festhaft gemacht und eine eigene Werkstatt gegründet hat. Eine proletarische Existenz, aber tatkräftig und vorwärtstrebend hat er sich ein kleines Besitztum geschaffen. Nun ist er stolz auf eine Selbständigkeit. Aber er sieht sie bedroht, weil es ihm an Kapital fehlt, um mit der wachsenden Industrie zu konkurrieren, die ihn der Grundlagen seiner Existenz beraubt.

Bei Abschluß des Arbeitsvertrages steht der Geselle, der in seinem Verband eine Stütze hat, dem Meister als Gegner gegenüber. Aber dessenungeachtet kann auch die Arbeiterschaft als Ganzes diesem kernfesten Meistertum eine gewisse Sympathie entgegenbringen. Wenn der Handwerksmeister sich auch dagegen sträubt, als Proletarier gewertet zu werden, er gehört trotzdem zum Proletariat, und er müßte eigentlich in den Organisationen der Arbeiter natürliche Verbündete erblicken in dem Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus.

In Wirklichkeit ist aber der anscheinend so biedere Meister ein Erzkonservativ, der den Blick ständig rückwärts gerichtet hat, und der einem Ideal nachjagt, das in der Vergangenheit liegt. Dazu haben ihn seine Innungen gemacht, die von dem sagenhaften goldenen Boden träumen, den das Handwerk einst besessen haben soll, und den man wiedererobert möchte. Dabei hafet der Blick an Außerlichkeiten. Man gibt sich nicht die Mühe, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu erforschen, die seinerzeit die Blüte der Zünfte bedingten, sondern denkt an das schöne patriarchalische Verhältnis, das damals den Meister mit seinen Gesellen verband. Der Meister war unbedingter Herr im Hause, und zwischen ihm und seine „Knechte“ drängte sich nicht die Macht der Gewerkschaften, die den Meister zwingen konnte, die verlangten Arbeitsbedingungen anzuerkennen. Diese Zeit ersehnt man zurück, und die Innung ist das Instrument, das diesem Zweck dienen soll. Gewerkschaften hat es zur Blütezeit der Innungen nicht gegeben, weshalb sie heute anerkennen?

Die Industriellen bringen selbstverständlich den Gewerkschaften auch keine Sympathien entgegen, sie haben lange versucht, sie zu ignorieren. Aber schließlich haben sie erkannt, daß die Gewerkschaften eine reale Macht sind, mit der man sich abfinden muß. So hat der Gedanke des Tarifvertrages jetzt überall Wurzel geschlagen. Wenn es auch noch hier und da Rückschläge gibt, so kann doch gesagt werden, daß im allgemeinen die Arbeitsbedingungen in der Industrie tarifvertraglich geregelt sind.

Das gilt auch für die Holzindustrie. Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes umfaßt zwar nicht ausschließlich Industrielle, ihm gehören auch die Inhaber zahlreicher Mittel- und Kleinbetriebe an. Seine Vertreter haben sich bei den Vertragsverhandlungen nach Kräften bemüht, die Bestimmungen möglichst günstig für die Unternehmer zu gestalten. Aber nachdem der Tarifvertrag abgeschlossen ist, wird er vom Arbeitgeberverband anerkannt. Wenn es praktisch hier und da Unstimmigkeiten gibt, die wir bereinigen müssen, so können wir doch für das Verhalten einzelner seiner Mitglieder nicht grundsätzlich den Arbeitgeberverband verantwortlich machen.

Andererseits steht es mit den Innungen, die direkt oder indirekt dem Arbeitgeberverband angeschlossen sind. Ihnen gefällt der abgeschlossene Mantelvertrag nicht, und nun stellen sie sich an wie Schuljungen, die, wenn die anderen ihnen nicht zu Willen sind, erklären: „Ich spiel' nicht mehr mit.“ Auch dieses Urteil gilt übrigens nicht allgemein. Es gibt eine ganze Anzahl Innungsmeister und Innungen, denen zwar der ab-

geschlossene Vertrag auch nicht gefällt, die aber unbeschadet ihres Protestes die durch den Vertrag geschaffene Bindung anerkennen. Wir haben schon in unserer vorigen Nummer von einigen Innungsverbänden berichtet, die gegen Treu und Glauben die Auffassung vertreten, daß ihre Mitglieder nicht an den Vertrag gebunden seien, der mit in ihrem Auftrage vom Arbeitgeberverband abgeschlossen wurde. Die Seele dieses Kampfes gegen die ehrliche Erfüllung übernommener Pflichten ist der Nordwestdeutsche Tischler-Innungsverband und insbesondere dessen geschäftiger Syndikus, Dr. Schild.

Der Nordwestdeutsche Tischler-Innungsverband war als Vertragspartner am alten Mantelvertrag beteiligt. Als sein Vertreter ist auch Herr Dr. Schild zu den zentralen Verhandlungen erschienen, und er hat sich recht aktiv an ihnen beteiligt. Das hinderte ihn aber nicht, in einer am 11. Juni in Hannover abgehaltenen Versammlung von Vertretern der Tischlerinnungen aus der Provinz Hannover, den Freistaaten Oldenburg, Bremen, Braunschweig und Schaumburg-Stippe eine Resolution beschließen zu lassen, in der ausgesprochen wird, daß die Innungen die Entscheidung des Reichsarbeitsministers in der Lehrlingsentschädigungs- und Lehrlingsurlaubsfrage nicht anerkennen. Scharfsten Protest erheben die Innungsvertreter gegen den Eingriff des Reichsarbeitsministeriums und die Fällung eines verbindlich erklärten Schiedsspruches. Dem Reichsarbeitsministerium erteilen die Innungsvertreter eine Gefehesbelehrung, indem sie erklären: „Die durch den Schiedsspruch herbeigeführte tarifliche Entlohnung der Lehrlinge entspricht nicht den rechtlichen Grundlagen der Reichsgewerbeordnung.“ Ohne uns auf die hier vertretene Rechtsauffassung näher einzulassen, möchten wir doch bemerken, daß das Reichsarbeitsministerium mit dem Abschluß des Vertragsstreites gar nichts zu tun hat. Es hat lediglich den Parteien einen Vermittler gestellt, der den Schiedsspruch nicht im Namen des Reichsarbeitsministeriums, sondern unter eigener Verantwortung fällt.

Aber nicht nur das Reichsarbeitsministerium, auch der Arbeitgeberverband bekommt von den wildgewordenen Innungsmännern sein Fett. Die Versammlung „spricht dem Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes das schärfste Mißtrauen darüber aus, daß in seinen Reihen für die strikte Ablehnung und Verhinderung der tariflichen Regelung des Lehrlingswesens nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen worden sind“. Eine ganz besondere Rüge erhält die Verhandlungskommission des Arbeitgeberverbandes.

Die Resolution des Herrn Dr. Schild ist zu lang, um sie in vollem Wortlaut abzurufen. Nur die entscheidende Stelle sei wiedergegeben. Nach der Erklärung, daß die nordwestdeutschen Tischlerinnungen die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums in der Lehrlingsfrage nicht anerkennen, heißt es weiter:

„Sie stellen sich nunmehr auf den Rechtsstandpunkt, daß die gepflogenen Verhandlungen sowie sämtliche Schiedssprüche einschließlich des Schiedsspruches des Reichsarbeitsministeriums für sie rechtsunwirksam sind, weil der an den Verhandlungen beteiligte Nordwestdeutsche Tischler-Innungsverband im eigenen Namen gehandelt hat und infolge seiner Tarifunfähigkeit für die ihm angeschlossenen Tischlerinnungen keine verbindlichen Verhandlungen führen konnte.“

Wir beneiden Herrn Dr. Schild nicht um die Rolle, die er übernommen hat, als er diesen Beschluß fassen ließ. Er hat sich nämlich dadurch bescheiden lassen, daß er auf die Wahrung seiner persönlichen Ehre wenig Wert legt. Die Frage, ob

sein Verband wirklich nicht tariffähig ist, kann zunächst dahingestellt bleiben, darauf wird noch zurückzukommen sein. Aber Herr Dr. Schild ist dieses Glaubens, und seine Überzeugung datiert wohl nicht erst seit den letzten Tagen. Trotzdem beteiligt er sich als Vertreter seiner Organisation an den Verhandlungen. Er läßt nicht nur die Gegenseite, sondern auch die eigenen Verbündeten in dem Glauben, daß er ehrliche Absichten verfolgte. Erst nachdem der Vertrag abgeschlossen ist, streckt er den Mitbeteiligten die Zunge heraus und ruft ihnen zu: Alsch, reingefallen! Ich habe den Jagdschein, und meine Organisation ist für mein Tun nicht verantwortlich! Wir müssen schon gestehen, daß im Vergleich damit der Pferdehandel als ein sauberes Geschäft erscheint.

Herr Dr. Schild ist jedenfalls sehr stolz auf seinen Geniestreich, von dem er sich zum mindesten im eigenen Lager hohe Anerkennung versprochen hat. Wie eine kalte Dusche mag ihn daher der Brief seiner vorgesetzten Stelle, des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, betroffen haben, in dem ihm attestiert wird, daß er eine kapitale Dummheit begangen habe. Wir geben nachstehend eine Abschrift dieses Briefes, der in mehr als einer Hinsicht interessant ist.

Hannover, den 12. Juni 1929.

An den Nordwestdeutschen Tischler-Innungsverband  
Hannover, Fernroderstraße 14.

Wie uns bekanntgeworden ist, beabsichtigt der verehrliche Verband, sich der Wirkung des Schiedsspruches des Reichsarbeitsministers für das Holzgewerbe dadurch zu entziehen, daß er sich als tarifunfähig erklärt. Wir dürfen darauf hinweisen, daß wir einen solchen Schritt für sehr gefährlich halten. Da bereits Arbeitsgerichtsurteile vorliegen, die den Innungsverbänden die Tariffähigkeit bestreiten, besteht die Aussicht, daß auch der Nordwestdeutsche Tischler-Innungsverband die Tarifunfähigkeit bescheinigt bekommen könnte. Es steht aber für uns fest, daß in dem Moment, wo die Gewerkschaften gewissermaßen teilweise um den Erfolg ihres Arbeitskampfes gebracht würden, auf der ganzen Linie ein Angriff gegen die Tariffähigkeit der Innungsverbände einleiten würde. Damit würden alle die Innungsverbände, die jetzt bereits in jahrelanger mühevoller Arbeit das Tarifwesen für das Handwerk aufgebaut haben, um den Erfolg ihrer Tätigkeit gebracht werden. Ebenso würden unsere Bemühungen, die darauf abzielen, die Tariffähigkeit der Innungsverbände zur Anerkennung zu bringen, wenn sie zum Abschluß von Tarifverträgen durch die ihnen angeschlossenen Innungen bevollmächtigt sind, zur Ergebnislosigkeit verurteilt sein. Wir dürfen annehmen, daß auch dem verehrlichen Verband bekannt ist, daß eine solche Entwicklung keineswegs von der Mehrzahl der Innungsverbände gewünscht wird. Wenn wir im Handwerk eine von der Industrie unabhängige Tarifpolitik treiben wollen, können wir diese nur mit Hilfe der Innungsverbände in die Wege leiten.

Wir bitten daher den verehrlichen Verband, sich den vorgenannten Schritt noch einmal reiflich zu überlegen und uns von seinem endgültigen Entschluß Kenntnis zu geben. Wenn sich der verehrliche Verband nicht dazu entschließen sollte, von seinem Vorhaben abzusehen, so sehen wir uns leider genötigt, in Anbetracht der schwerwiegenden Folgen für die handwerkliche Tarifpolitik die Angelegenheit der Gruppe der Fachverbände und unserem Sozialpolitischen Ausschuss zur Stellungnahme und Entscheidung vorzulegen.

Um uns nicht allein auf eine negative Kritik zu beschränken, dürfen wir darauf hinweisen, daß vielleicht ein anderer Weg gegeben wäre, um sich von der Wirkung des Schiedsspruches zu befreien. Nach Mitteilungen von Herrn Dr. Schild an unseren Sachbearbeiter hat die Arbeitgeberkommission, die an den Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsminister teilgenommen hat, nicht die Vollmacht des Nordwestdeutschen Tischler-Innungsverbandes gehabt. Nach unserer Ansicht wäre es das Gegebene, an dieser Stelle einzugreifen und von hier aus die Geltung des Schiedsspruches für den Nordwestdeutschen Tischler-Innungsverband zu bestreiten. Wir bitten den verehrlichen Verband, uns möglichst umgehend seine endgültige Stellungnahme mitzuteilen.

Die Geschäftsführung des  
Reichsverbandes des deutschen Handwerks.  
gez. Dr. Meusch, gez. Dr. Dethloff.

Der bemerkenswerte Mangel an Ehrlichkeit und Unfruchtigkeit, den Dr. Schild bei den Vertragsverhandlungen bewiesen hat, berührt die Doktoren Meusch und Dethloff nicht weiter, auch ihnen kommt es nur auf den Erfolg an. Die Innungen sollen eben durchaus aus dem unbequemen Vertrag losgelöst werden.

Nachdem sich Herr Dr. Schild persönlich an den zentralen Verhandlungen beteiligt hat, bestand auf Seiten der Arbeiter kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß die Unternehmervertreter in der zentralen Verhandlungskommission auch vom Nordwestdeutschen Tischler-Innungsverband bevollmächtigt waren. Ob diese Vollmacht etwa später zurückgezogen wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls bedeutet der gute Rat des Reichsverbandes, daß dieser es begrüßen würde, wenn neben Herrn Schild auch der Arbeitgeberverband öffentlich der Illiberalität gegenüber seinem Vertragspartner geziehen werden könnte.

Hier haben wir einmal die gelehrten Doktoren, die sich die wackeren Handwerksmeister zu ihren Führern erkorren haben, in ihrer wahren Gestalt. Hat schon der

bledere Innungsmeister durch die Engstirnigkeit, mit der er sich dem Fortschritt entgegenstemmt, viel von der natürlichen Sympathie verloren, die man ihm entgegenbringen möchte, dann geben die bezahlten Angestellten der Innungsorganisationen, die die Rettung des Handwerks als ihren Protexverb betrachten, ihre angeblichen Schützlinge völlig der Verachtung preis. Es ist eine mehr als eigenartige Handwerkspolitik, die hier getrieben wird. Sie ist von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Unbekümmert darum, wie das unehrliche Spiel mit der angeblichen Tarifunfähigkeit ausgeht, werden auch die Schützlinge der Schild und Konforten gezwungen werden, den Inhalt des vom Deutschen Holzarbeiter-Verband abgeschlossenen Tarifvertrages anzuerkennen.

Arbeitslosenversicherung ist auf die große Arbeitslosigkeit des letzten Winters zurückzuführen. Zu ihrer Hebung fordern die Arbeitervertreter eine vorübergehende Beitragserhöhung um ein auf vier Prozent. Auch der Reichsarbeitsminister Wiffel hat sich für eine Beitragserhöhung ausgesprochen. Sein „Sofortprogramm“ stieß bei den bürgerlichen Parteien aber auf so starken Widerstand, daß es vorläufig als erledigt gelten kann. Die Reichsregierung hat nun einen Sachverständigenausschuß eingesetzt, der unter Berücksichtigung der Ergebnisse der amtlichen Erhebung über das Arbeitslosenschicksal der Unterstützungsempfänger ein Sanierungsprogramm der Arbeitslosenversicherung ausarbeiten soll. Was dieser vorschlagen wird, läßt sich nicht voraussagen. Die Entscheidung über die Zukunft der Arbeitslosenversicherung wird in den nächsten Monaten im Reichstag fallen. Der Kampf, den die Arbeitervertreter dabei zu führen haben, wird nicht leicht sein. Hoffen wir, daß sie stark genug sein werden, die Angriffe der Unternehmervertreter abzuwehren.

## Abbau oder Sanierung der Arbeitslosenversicherung?

Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung geht in der Öffentlichkeit mit unverminderter Schärfe weiter. Die Zeitungen der Unternehmer, wozu die meisten bürgerlichen Tageszeitungen gehören, speien Gift und Galle über die Arbeitslosen und die Sozialpolitik. Nur ein paar Proben: „Unsere Sozialgesetzgebung fördert die Krankheitszüchtung und Rentenucht“ — „Das Ziel der nachrevolutionären Sozialpolitik ist sozusagen das direkte Gegenteil von dem, was die vorkriegszeitliche Politik wollte: nicht Befreiung und Sicherstellung, sondern Proletarisierung der Masse einschließlich des Mittelstandes ist das Ziel der Sozialpolitik von heute. Die hohen Beiträge sollen den Arbeitnehmer daran hindern, durch Sparsamkeit zu etwas Vermögen zu kommen, denn Zufriedenheit und Wohlstand des werktätigen Volkes und Marxismus hassen sich wie Feuer und Wasser“ — „Die moralische Wirkung des Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützungskandals muß man wie folgt zusammenfassen: Freie Bahn dem Faulen!“

Wir haben nicht die Absicht, gegen diese Ueberheblichkeiten und Gemeinheiten zu polemisieren. Es genügt, sie tieferzuhängen. Nur ein Schwindel sei hier aufgedeckt, der vor kurzem die Runde durch die Unternehmerzeitungen machte. Unter der Überschrift: „Der zahlungssträfige Arbeitslose“, wurde berichtet, daß in einem Dorfe bei Kolberg ein arbeitsloser Tischler sich für 1650 Mk. ein Auto gekauft habe. Was daran Wahres ist, zeigt folgende amtliche Meldung: „Das Auto gehörte dem selbständigen Reinhard Tischner, dem es zwangsweise versteigert wurde. Tischner schickte zur Versteigerung als Strohhalm seinen Bruder Martin, eben jenen arbeitslosen Tischler, und dieser bekam den Zuschlag. Der Wagen wird jetzt nach wie vor von Reinhard Tischner benutzt, während Martin nach zweimonatigem Bezug der Arbeitslosenunterstützung bereits seit dem 6. April wieder in Arbeit ist.“

Der Schwindel mit dem Arbeitslosen als Autokäufer ist schnell zum Plagen gekommen. Auch alle ähnlichen Meldungen fallen in sich zusammen, wenn sie untersucht werden. Leider ist das nur selten möglich, da die Unternehmer und ihre Schreiberlinge den Ort, wo sich der von ihnen behauptete Fall abgespielt haben soll, aus begrifflichen Gründen verschweigen. Sie handeln nach dem Grundsatz: Verleumde nur kühn drauflos, es wird schon etwas hängen bleiben.

Das Stedensperd der mit äußerer Anständigkeit auftretenden Unternehmer ist die Behauptung, die Arbeitslosenunterstützung untergrabe die Arbeitsmoral. Der Volksparteiler v. Raumer hat lehtin im Reichstag dem Sinne nach gesagt, die Arbeitslosenunterstützung habe dazu geführt, daß der Arbeiter heute nur das Bestreben habe, 26 Wochen im Jahre zu arbeiten, die andere Zeit verlaße er sich auf die Arbeitslosenversicherung. Wenn Herr v. Raumer wirklich dieser Überzeugung ist, dann wäre dies ein Beweis dafür, daß er dem Leben völlig fremd gegenübersteht. Vielleicht gibt es unter den fast 20 Millionen Versicherten einige hundert, die sich in der „Wissensschaft des Stempelns“ üben, die übergroße Mehrheit aber ist froh, wenn sie ständig arbeiten kann, sie verzichtet gern auf die Arbeitslosenunterstützung.

Die Richtigkeit dieser Feststellung beweist das Ergebnis der amtlichen Erhebung über das Arbeitslosenschicksal der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, von der jetzt die ersten Zahlen veröffentlicht werden. Von den 1 527 992 Arbeitslosenunterstützungsempfängern, deren Arbeitslosenschicksal im Jahre 1929 verfolgt werden konnte, haben 77 002 gleich 5,0 Prozent weniger als 26 Wochen in den letzten 12 Monaten (Stichtag 15. März 1929) gearbeitet. Aus welchen Gründen, ist noch nicht festgestellt, aber sozial darf schon heute als sicher angenommen werden, daß die Mehrheit der Unterstützungsempfänger nicht freiwillig arbeitslos geworden ist, sondern daß sie von den Unter-

nehmern auf die Straße gesetzt wurden. Läßt man diese 77 002 Personen, die die Anwartschaft auf Unterstützung in diesem Jahre nicht erreichten, außer Betracht, so verbleiben 1 450 990 Hauptunterstützungsempfänger. Davon haben 394 274 gleich 27,2 Prozent das ganze Jahr hindurch gearbeitet, weitere 510 170 gleich 35,2 Prozent länger als drei Viertel des Jahres, weitere 500 945 gleich 34,5 Prozent hatten zwischen einem halben und dreiviertel Jahr Beschäftigung, und 45 601 gleich 3,1 Prozent fanden nur 26 Wochen lang Arbeit. Für diese gilt das gleiche, was wir oben von jenen Unglücklichen sagten, die die Unternehmer nicht einmal 26 Wochen arbeiten ließen.

Von den 1 450 990 Hauptunterstützungsempfängern haben also 1 405 389 gleich 96,9 Prozent länger als 26 Wochen gearbeitet. Dieses Ergebnis der amtlichen Untersuchung widerlegt die Raumer'sche Behauptung absolut. Wer jetzt noch davon spricht, daß die Arbeitslosenunterstützung die Arbeitsmoral vernichte, kennzeichnet sich selbst als einen böswilligen Verleumder. Die Zahlen der Erhebung beweisen nicht eine Erschlaffung des Arbeitswillens, sondern sie sind der unwiderlegbare Beweis für die starke Arbeitswilligkeit der deutschen Arbeiter.

Die Arbeitslosenversicherung wird von der übergroßen Mehrheit der Arbeiter nur dann in Anspruch genommen, wenn diese durch die Schuld der Unternehmer und des herrschenden Wirtschaftssystems arbeitslos-werbeit. Wenn die Unternehmer uns Fälle beweisen können, wo die Unterstützung mißbräuchlich in Anspruch genommen wird, sind wir bereit, dagegen anzukämpfen. Dabei wissen wir uns einig mit allen ehrlichen Arbeitern. Den Unternehmern ist es aber nicht darum zu tun, etwaige Mißstände abzustellen, sondern sie möchten die Arbeitslosenunterstützung am liebsten gänzlich beseitigen. Da dieses Vorhaben aber wenig Aussicht auf Erfolg hat, wollen sie die Leistungen der Arbeitslosenversicherung so stark abbauen, daß die Arbeiter jedes Interesse an diesem Zweige der Sozialpolitik verlieren. Bei dieser Arbeit ist zwischen den bürgerlichen Parteien ein scharfer Wettkampf entstanden. Die Deutschnationale Volkspartei beantragt eine Verlängerung der Karenzzeit für den Unterstützungsbezug auf 8 bis 24 Tage, gestaffelt nach der Lohnklasse. Für Saisonarbeiter soll die Wartezeit noch dreimal länger sein. Die Bezugsdauer der Unterstützung soll je nach der Zahl der Arbeitswochen gestaffelt werden, sie schwankt zwischen 13 und 26 Wochen. Auch die Deutsche Volkspartei fordert eine ähnliche Staffelung der Bezugsdauer und sonstige zahlreiche Verschlechterungen. Noch stümperhafter sind die Forderungen der Demokratischen Partei. In den ersten vier Jahren der versicherungspflichtigen Beschäftigung soll ganz allgemein die Wartezeit verlängert und die Unterstützungzeit verkürzt werden. Vorge schlagen werden für das 1. Jahr 19 Tage Wartezeit und 12 Wochen Bezugsdauer, für das 2. Jahr 15 Tage und 16 Wochen, für das 3. Jahr 11 Tage und 20 Wochen, für das 4. Jahr 9 Tage und 24 Wochen; vom 5. Jahre an sollen die heutigen Bestimmungen gelten. Die Frage der Saisonarbeiterfürsorge wird in der Weise „gelöst“, daß erstens die Anwartschaftszeit von 26 auf 36 Wochen und zweitens die Wartezeit von 7 auf 14 Tage verlängert werden. Die so erzielte Ersparnis soll 130 bis 150 Millionen Mark betragen. Was aus den Arbeitslosen wird, die nach Durchführung dieser Forderungen keine Unterstützung mehr erhalten, darüber macht sich die Demokratische Partei ebensowenig Kopfschmerzen wie die Parteien der Junker und Schlotbarone.

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei lehnen diese „Reformvorschläge“ entschieden ab. Die finanzielle Notlage der

## Aufstieg der Konsumgenossenschaften.

Dem Mitte Juni in Mannheim stattgehabten Genossenschaftstage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine (Hamburg) sind glänzende Entwicklungszahlen über das Jahr 1928 seit dem Beginn der neuen Wirtschaftsperiode im Jahre 1924 vorgetragen worden. Zwar hat die Mitgliederzahl der angeschlossenen Vereine gegenüber dem Vorjahre infolge der Ausstufung der Nichtkäufer = Papierkäufer noch einmal abgenommen, aber der Umsatz ist auf 1,2 Milliarden Mark gestiegen. Nimmt man den Umsatz des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine (RdKv), der zweiten Zentralorganisation des deutschen Konsumvereinswesens, mit rund 750 000 Mitgliedern und 300 Millionen Mark Umsatz hinzu, so sind es immerhin rund 3,8 Millionen Mitglieder mit rund 1 1/2 Milliarden Mark Warenumsatz, den sich die Konsumgenossenschaftliche Warenversorgung bereits erobert hat.

Diese Aufwärtsbewegung ist nun auch im neuen Jahre nicht zum Stillstand gekommen, was deshalb besonders bemerkenswert ist, weil ja ein außerordentlicher Winter mit Rekordziffern an Arbeitslosigkeit hinter uns liegt, und infolgedessen man annehmen konnte, daß aus natürlichen Ursachen eben doch eine vorübergehende Abwärtskurve das Bild der Konsumgenossenschaftlichen Entwicklung beeinträchtigen würde. Aber es ist nicht der Fall. Im Gegenteil. Aus einer vom Zentralverband deutscher Konsumvereine veröffentlichten Statistik über den organisatorischen, wirtschaftlichen und finanziellen Stand der Konsumgenossenschaften mit über 400 Mitgliedern geht hervor, daß nicht nur die nun seit 1924 fortwährende Aufwärtsbewegung auch im ersten Vierteljahr 1929 angehalten, sondern daß zum ersten Male wieder seit der letzten fünfjährigen Entwicklungsperiode auch die Mitgliederzahl wieder in erfreulicher Weise zugenommen hat. Betrug sie doch am Ende des ersten Vierteljahres 2 870 201 Familien bei einer Zunahme um 55 201; zusammen mit den Mitgliedern der unter 400 stehenden Konsumvereine des Zentralverbandes und den 750 000 Mitgliedern des Reichsverbandes mußter die deutsche Konsumgenossenschaftliche Bewegung schon jetzt wieder 3 1/2 Millionen Familien, die am Ende des Jahres 1929 wohl an die vier Millionen heran kommen werden. Da die Konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsorganisation mit ihrer Warenversorgung die Familieneinheit erfasst, so ergibt sich bei einer Kopfszahl von vier Personen auf die Familie die Summe von 16 Millionen von der genossenschaftlichen Warenversorgung erfassten Personen, was mindestens einem Viertel der gesamten deutschen Bevölkerung entspricht.

Die organisatorische Stärke der deutschen Konsumgenossenschaftlichen Bewegung ist also eine achtunggebietende und wenn die bald 4 Millionen Familien den wirtschaftlichen Nutzen der Bewegung und ihrer sie tragenden Idee der Gemeinwirtschaft intensiver als bis jetzt geschehen ist, erkennen und Rechnung tragen würden, so würde auch sie heute schon einen ihrer organisatorischen Größe entsprechenden Wirtschaftsfaktor in der deutschen Volkswirtschaft bilden. Immerhin ist festzustellen, daß im ersten Vierteljahr 1929 ein Umsatz von rund 288,5 Millionen Mark im Zentralverbande und 850 Millionen Mark in der gesamtdeutschen Konsumgenossenschaftlichen Bewegung erzielt wurde. Gemessen an dem in der Regel umsatzschwächeren ersten Vierteljahr einer Jahresperiode wird das Jahr 1929 die deutschen Konsumgenossenschaften stark in die Nähe der zweiten Jahressumme bringen.

Auch die finanzielle Entwicklung nimmt mit einer Zunahme der Geschäftsanteile, d. h. des eigenen Betriebskapitals der Mitglieder, von 51,5 Millionen Mark auf 53,3 Millionen Mark an der unausgeheilten Aufwärtsbewegung teil, und das ganz außerordentliche Anwachsen der Spareinlagen von 206 Millionen Mark zu Ende des Jahres 1928 auf 323,8 Millionen Mark Ende März 1929 zeigt mit einer Zunahme um 27,8 Millionen Mark einen Rekord, der den Finanzierungsmöglichkeiten der Konsumgenossenschaftlichen Unternehmungen auch unter sorgfamer Beachtung wohlwogener Liquiditätsgrundsätze weite Grenzen steckt. So zeigt sich also bereits aus den Ergebnissen des ersten Vierteljahres 1929 die einheitliche Linie einer Aufwärtsentwicklung seit dem Jahre 1924 wieder, welche perspektivisch in weiteren fünf Jahren glänzende Resultate der gesamtdeutschen Konsumgenossenschaftlichen Bewegung erwarten läßt.

### Gegen den Unfug der Innungsstiftungsgründerei.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat sich in seiner Staatsrede am 3. Juni im Reichstag auch mit den Innungsstiftungsgründerei beschäftigt. Um dem Unfug der Innungsstiftungsgründerei ein Ende zu machen, hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß Innungsstiftungen nur dann zulässig sind, wenn sie mindestens 1000 Mitglieder zählen. Dr. Curtius wies demgegenüber darauf hin, daß heute auf eine Innungsstiftungskasse durchschnittlich knapp 500 Mitglieder kommen, die Annahme des sozialdemokratischen Antrages würde deshalb zur Auflösung fast aller Innungsstiftungen führen. Das sei kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Wörtlich führte er aus:

„Bei der Frage der Innungsstiftungen werden von mir die Gründe wirtschaftlicher, sozialer und berufständiger Art, aus denen das Handwerk Wert auf die Aufrechterhaltung seiner Innungsstiftungen legt, durchaus gewürdigt. Es ist ein Irrtum, zu glauben, die seit Jahrhunderten bewährten Innungsstiftungen hätten sich überlebt. Daß dies nicht der Fall ist, geht schon daraus hervor, daß im Jahre 1925 in etwa 800 Innungsstiftungen rund 400 000 Mitglieder versichert waren und das Verhältnis zwischen Leistungen und Beiträgen bei diesen Innungsstiftungen den Vergleich mit den Ortskrankenkassen durchaus nicht zu scheuen braucht. Bei dieser Sachlage ist keine Veranlassung gegeben, die Innungsstiftungen — die ältesten deutschen Sozialversicherungen — aufzuheben oder auch nur einschränkend zu beschränken. Ein solches Gesetz würde den Charakter eines Ausnahmegesetzes tragen, zumal von jeher die Einrichtung solcher Kassen den Gegenstand der Innungsstiftung gebildet hat.“

„Allerdings“, sprach Dr. Curtius weiter, „ist es nun richtig — und das scheint gegen die Innungsstiftungen zu sprechen —, daß sie vielfach mit geringer Mitgliederzahl und daher geringer Leistungsfähigkeit und Lebenskraft gegründet werden. Solche Gründungen sind allerdings nicht zweckmäßig und gerechtfertigt. Auch das Handwerk selbst will keine Errichtung kleiner Zweigklassen und unterstützt derartige Bestrebungen nicht. Es wird also Vorsorge getroffen werden müssen, daß die Neugründung leistungsfähiger Zweigklassen künftig unterbleibt.“

Welche Zustände im Innungsstiftungenwesen heute herrschen, dafür einige Beispiele:

In Oßersleben wurde eine Innungsstiftungskasse mit 70 Mitgliedern gegründet, die sich aus 7 Gehilfen und 63 Lehrlingen zusammensetzt. Stellt man das Arthonorar in Rechnung, das dort die Allgemeine Ortskrankenkasse zu zahlen hat, und das auch von der Innungsstiftungskasse gezahlt werden muß, so sind monatlich insgesamt 68 Mk. für ärztliche Behandlung zu zahlen. Die Mitglieder bringen aber nur einen Betrag von 78,12 Mk. im Monat auf. Es bleibt ein Geheimnis, mit welchen Mitteln Krankengeld, Krankenhaus, Arzneien usw. bezahlt werden sollen.

Im Kreise Torgau hat man eine Innungsstiftungskasse errichtet mit 8 Gesellen und 23 Lehrlingen, an anderen Orten mit 5 Gesellen und 15 Lehrlingen, 3 Gesellen und 13 Lehrlingen, 2 Gesellen und ebenfalls 13 Lehrlingen. Solche Innungsstiftungen können natürlich nicht leistungsfähig sein. 38 Innungsstiftungen mußten deshalb bald nach ihrer Errichtung wieder geschlossen werden wegen Leistungsunfähigkeit.

Im Bezirk der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Kreises Nordheim sind die Innungen bei der Gründung eigener Kassen. Nach ihren Angaben werden sich die Mitglieder der einzelnen Kassen wie folgt zusammensetzen:

	Gesellen	Lehrlinge
Maler-Zwangsinnung .....	25	45
Tischler-Zwangsinnung .....	85	104
Schlosser-Zwangsinnung .....	28	61
Stellmacher .....	11	17
Schuhmacher-Innung .....	17	15
Schneider-Innung .....	23	24
Friseur-Innung .....	16	24
Schmiede-Innung .....	25	38
Sattler-Innung .....	10	15

Wir begnügen uns mit der Wiedergabe dieser Beispiele. Nun noch einiges Material über die „Leistungsfähigkeit“ dieser Innungsstiftungen.

Die Maurer-Innungsstiftungskasse in Sölingen, die dort gegen den Willen der Versicherten und trotz des Einspruchs der Ortskrankenkasse gegründet wurde, mußte nach kaum einjährigem Bestehen mit einer großen Schuldenlast wieder aufgelöst werden.

Die Maler-Innung Essen errichtete trotz Einspruchs der Gesellen am 1. Juli 1928 eine Innungsstiftungskasse. 5 1/2 Monate nach ihrem Insolebenreten hatte sie bereits 36 800 Mk. Schulden und 19 800 Mk. Argenstände. Die Schulden der Kasse haben sich bis zum Jahreschluß auf 45 600 Mk. erhöht, inzwischen dürften sich diese Schulden noch weiter erhöht haben.

Die Tischler-Zwangsinnung in Hannover hatte für den 1. August 1928 eine Innungsstiftungskasse errichtet. Durch ein Rundschreiben wurden die Handwerksmeister aufgefordert, um zu vermeiden, daß die Kasse von vornherein bereits mit sehr bestehenden Krankheitsfällen belastet wird, die Arbeiter, die wegen Krankheit nicht beschäftigt werden, aber sonst im Arbeitsverhältnis stehen, zu entlassen. Es sei unbedingt erforderlich, daß den Arbeitern sämtliche Papiere zugestellt werden. Eine Härte gegenüber den Erkrankten sei es nicht, da sie in diesen Fällen während der Dauer der Krankheit weiter Mitglieder der Ortskrankenkasse bleiben und von dieser auch Unterstützung erhalten.

Also die schlechten Risiken schiebt man den Ortskrankenkassen zu, die guten behält man für sich und faselt von der besseren Leistungsfähigkeit der Innungsstiftungen.

Wie Dr. Curtius angesichts dieser Tatsachen „von seit Jahrhunderten bewährten und leistungsfähigen Innungsstiftungen“ sprechen kann, ist unverständlich. Auch seine Behauptung, daß „das Handwerk selbst keine Errichtung kleiner Zweigklassen will und derartige Bestrebungen nicht unterstützt, ist unbegreiflich. Lebt er etwa in dem Glauben, daß die Arbeiter die Gründung der Innungsstiftungen fordern und durchsetzen? Dann ist er freilich auf dem Holzwege. Diese bekämpfen vielmehr den Unfug der Innungsstiftungsgründerei mit aller Entschiedenheit, und sie werden dies auch weiterhin tun trotz des Loblieds des Dr. Curtius auf die Innungsstiftungen.“

### Das Washingtoner Abkommen und der Regierungswechsel in England.

Die am 30. Mai vorgenommenen Wahlen für das englische Parlament haben der Arbeiterpartei einen gewaltigen Erfolg gebracht. Die Labour Party zählt jetzt 288 Mitglieder unter den 615 Abgeordneten des Unterhauses. Das ist zwar nicht die absolute Mehrheit, aber an Stelle der zurückgetretenen konservativen Regierung ist eine von dem Führer der Arbeiterpartei, MacDonald, gebildete Arbeiterregierung getreten, der eine ganze Reihe Gewerkschafter angehören. Unter anderem ist die Leitung des Arbeitsministeriums der Frau Margaret Bondfield übertragen, die Angestellte des Gemeindefachvertrages ist.

Der Umschwung in England ist natürlich von großer Bedeutung für die gesamte Weltpolitik. Das soll aber hier nicht näher erörtert werden. Nur auf ein Moment sei hingewiesen. Das wichtigste Hindernis für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag war bisher die englische Regierung. Noch bis unmittelbar vor seinem Rücktritt hat sich der konservative englische Arbeitsminister Steel Maitland bemüht, das Abkommen zu Fall zu bringen, um dadurch die kommende Arbeiterregierung vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Dieser Plan ist mißglückt. Der Vertreter der britischen Regierung hat auf der Internationalen Arbeiterkonferenz erklärt, er sei zu der Feststellung ermächtigt, daß die britische Regierung die Absicht habe, die nötigen Schritte zu unternehmen, um so bald als möglich die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu sichern. Man darf hoffen, daß dieser Ankündigung recht bald die Tat folgen wird, die dann notwendig die Ratifizierung in den anderen wichtigeren Industrieländern zur Folge haben muß.

### Die Reform der Arbeitslosenversicherung.

Zur Vorbereitung eines Gesetzentwurfs für die Reform der Arbeitslosenversicherung ist ein Sachverständigenausschuß gebildet worden, der aus Vertretern des Reichstages, des Reichsrats, der kommunalen Spitzenverbände, der Arbeiter und Unternehmer und aus Vertretern der freien Sozialpolitik besteht. Er soll sich nach dem Vorschlage der Regierung mit der Frage befassen, welche Maßnahmen zur endgültigen Reform der Arbeitslosenversicherung notwendig sind, um die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung finanziell leistungsfähig zu erhalten, ohne daß dadurch ihre sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben gefährdet werden. Die erste Sitzung dieses Ausschusses findet am 2. Juli unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers statt.

### Die Gewerkschaften und der Young-Plan.

Am 7. Juni haben die von den Regierungen ernannten Sachverständigen zur Revision der deutschen Reparationsverpflichtungen nach viermonatiger Tätigkeit ihre Arbeit beendet. Das Ergebnis der Pariser Verhandlungen ist der Young-Plan, der an Stelle des Dawes-Planes treten soll. Bis jetzt ist das aber erst ein Vorschlag für die Regierungen, deren Vertreter die endgültigen Abmachungen zu treffen haben. Im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen und die sich daraus ergebenden Folgen hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 26. Juni 1929 an den Reichszentralrat und an den Reichsfinanzminister das folgende Schreiben gerichtet:

„Innerhalb weniger Wochen sollen die im Young-Plan vorgeschlagenen Organisationskomitees zusammentreten, um das Sachverständigengutachten in Einzelheiten auszubauen. Es handelt sich hierbei wieder um Fragen, die auch die Interessen der Arbeitnehmer weitgehend betreffen. Für die Reichsbahngesellschaft wird im Young-Plan sogar ausdrücklich auf die Regelung der Personalangelegenheiten hingewiesen. Ebenso sehr sind die Arbeitnehmer an der neuen Fassung des Bankgesetzes sowie den anderen von den Organisationskomitees zu bearbeitenden Fragen interessiert.“

Zu den Verhandlungen in Paris sind Gewerkschaftsvertreter trotz unseres ausdrücklichen Wunsches nicht hinzugezogen worden. Es konnten deshalb in den Young-Plan Bestimmungen aufgenommen werden, die für die Arbeitnehmer besonders abträglich sind. Um so dringlicher ist jetzt die Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern, damit bei der Abfassung der Ausführungsbestimmungen wenigstens diese Fehler, soweit möglich, wieder ausgeglichen werden können.

Wir müssen um so mehr auf der Berücksichtigung unserer Forderungen bestehen, als der Arbeitnehmerschaft jetzt anscheinend auf anderen Gebieten Opfer zugemutet werden sollen, die ohnedies tiefe Erregung in ihren Kreisen auslösen.“

Es ist ganz nützlich, die maßgebenden Stellen gelegentlich daran zu erinnern, daß zur „Wirtschaft“ nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter gehören. Soffentlich hat die Eingabe den gewünschten Erfolg.

### Die Volksfürsorge.

Die „Volksfürsorge“, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, veröffentlicht ihren Rechnungsabluß für das Geschäftsjahr 1928. Es heißt darin: „Die Ursache des erfreulichen Wachstums der Volksfürsorge ist im wesentlichen darin zu erblicken, daß die Werbetätigkeit der Gesellschaft nicht nur immer weiter ausgreift, sondern auch im einzelnen intensiver geworden ist und es dadurch in steigendem Maße gelingt, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage Versicherungsunfähigen zu erfassen. Die Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Hinsicht sind fast unbegrenzt, und man kann sich ein Bild von deren Ausmaß machen, wenn man weiß, daß die Zahl der vor dem Kriege in Deutschland laufenden Volksversicherungen bereits über 12 Millionen betrug, während die Volksfürsorge heute erst über rund 1 1/2 Millionen verfügt. Da sie als Volksversicherungsgesellschaft die weitaus größte unter allen Gesellschaften ist und auf der Basis der gewerkschaftlich-genossenschaftlich organisierten Arbeitnehmer wirkt, wird ihr die Aufgabe zufallen, diese Volksteile möglichst restlos zu versichern.“

Das Unternehmen ist heute schon eine der größten Versicherungsunternehmen; im Hinblick auf die gewaltige Macht des privaten Versicherungskapitals, die sich immer mehr konzentriert, ist sie noch ein Anfang, aber ein verheißungsvoller.

Es gingen im Jahre 1928 rund 550 000 Versicherungsanträge bei ihr ein. Ende 1928 zählte die Volksfürsorge einen Bestand von fast 1 1/2 Millionen Versicherungen mit 581 Millionen Mark Versicherungssumme. Die Prämienentnahme betrug 26,7 Millionen Mark, die Höhe der Kapitalerträge 3,8 Millionen Mark. In Versicherungsleistungen sind 1,9 Millionen Mark ausgezahlt worden. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergab einen Überschuf von 5,1 Millionen Mark. Die am 4. Juni 1929 stattgefundene Generalversammlung beschloß, nach Zuweisung an die notwendigen Reserven auf die gewinnberechtigten Jahresprämie 25 Prozent als Gewinnanteil zu verteilen; das bedeutet eine ganz beträchtliche Erhöhung der tarifmäßigen Versicherungssumme.

Die Bilanz schließt in Aktiva und Passiva mit 60,2 Millionen Mark ab. Von den Aktiven sind bemerkenswert:

	Millionen Mark
Hypotheken und Grundschuldforderungen .....	32,8
Wertpapiere (wie Staatsanleihen, kommunale und sonstige öffentliche Anleihen) .....	4,2
Schuldscheinforderungen gegen öffentliche Körperschaften .....	11,2
Guthaben (Bankabteilung der GCG, Arbeiterbank) .....	4,5
Von den Passiven heben wir hervor:	
Prämienreserven .....	40,1
Sonstige Reserven und Rücklagen .....	1,5
Gutgeschriebene Gewinnanteile der Versicherten ..	6,9
(Nach Quellschrift aus dem Jahre 1928 wüch dieser Posten auf rund 11 Millionen Mark an.)	

Grundsatz der Volksfürsorge ist, daß die für Anlagezwecke freien Gelder wieder denen dienstbar gemacht werden, die sie in Form von Versicherungsprämien ausbringen. So wird die Volksfürsorge ihrer Doppelaufgabe gerecht: Eine Versicherung des werktätigen Volkes und ein wichtiges Kreditinstitut zur Förderung der sozialen und gemeinnützigen Bestrebungen der Arbeiterbewegung auf dem Gebiete der Selbsthilfe zu sein.

### Krokodilstränen



Die Reparationslasten werden erleichtert, leider müssen wir nun noch die Sozialpolitik abbauen.



# Aus dem Verbandsleben



## Mitteilungen des Vorstandes.

### Bezirksbeamter für Oberschlesien.

Bei der Wahl für die in Nr. 22 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 1. Juni zur Neubesehung ausgeschriebene Bezirksbeamtenstelle für Oberschlesien ist vom Vorstand der Kollege **Josef Frenzel** (Gleiwitz)

gewählt worden. Wir bitten die übrigen Bewerber, auf diesem Wege Kenntnis von dem Ausgang der Wahl zu nehmen, da eine direkte Benachrichtigung nicht erfolgt.

Der Vorstand.

### Michael Kayser als Jubilar.

Unser Kollege Kayser feiert in diesem Jahre zwei Jubiläen: Am 10. Juli kann er auf eine 30 jährige Tätigkeit als Angestellter unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zurückblicken und am 31. Dezember ist er ein Vierteljahrhundert Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“. Ein dritter wichtiger Tag ist der 30. November 1929, denn an diesem Tage begeht unser Jubilar seinen 60. Geburtstag. Zur Feier des Redakteurjubiläums und des 60. Geburtstages ist zwar jetzt noch nicht die Zeit, aber wir glauben im Sinne unseres Kollegen und Freundes zu handeln, wenn wir alles auf einmal abmachen, denn ihm ist es sicher nicht recht, daß wir den Raum der „Holzarbeiter-Zeitung“ für einige Worte der Anerkennung und des Dankes für seine Verdienste um die deutsche Holzarbeiterbewegung überhaupt einmal in Anspruch nehmen.

Michael Kayser's Tätigkeit für den Verband datiert nicht erst vom 10. Juli 1899. Nach Beendigung seiner Lehrzeit in Posen ging Kayser, was damals eine Ehrensache jedes selbstbewußten und vorwärtsstrebenden Handwerkers war, auf Wanderschaft. 1888 kam der 19jährige Tischlergeselle nach Barmen. Hier hörte er zum ersten Male vom Tischler-Verband, und sogleich war er Feuer und Flamme für seine Berufsorganisation. Nach einer kurzen Gastrolle in Barmen wanderte er weiter, den Rhein entlang. Noch im gleichen Jahre landete er in Mannheim. Wie in allen Orten, wo er sich einige Zeit aufhielt, so beteiligte er sich auch in Mannheim eifrig an der Verbandsarbeit. Schon nach wenigen Wochen war er Bevollmächtigter der Mannheimer Verwaltungsstelle.

Im Sommer 1889 kam er nach Stuttgart. Damals wurde er zum ersten Male Verbandsangestellter, allerdings nur aushilfsweise. Auf dem Verbandsbureau des Tischler-Verbandes, der in Stuttgart seinen Sitz hatte, leistete er dem Kollegen Klotz einige Tage Schreibhilfe. Nach einigen Monaten zog es ihn wieder nach Mannheim. Bald mußte er aber den Wanderstab mit den Kommissstiefeln vertauschen. Auch die zwei Jahre, die er gezwungen war, in Metz bei den Preußen Soldat zu spielen, gingen vorüber. Dann durchstreifte er wieder als Handwerksbursche die deutschen Gauen. Im Frühjahr 1896 landete er zum dritten Male in Mannheim. Bald fand er hier wieder in den vordersten Reihen der Holzarbeiterbewegung. 1898 sandten ihn die Kollegen des Mannheimer Wahlbezirks als Delegierten zum Göttinger Verbandstage. Hier war unter anderem beschlossen worden, das Verbandsgebiet in Gauen einzuteilen. Mannheim wurde als Sitz eines Gaues bestimmt und Kayser zum Gauvorsteher, ein Posten, der damals nur ehrenamtlich verwaltet wurde.

Wie als Ortsverwaltungsmitglied war Kayser auch als Gauvorsteher fleißig auf dem Posten. Die Mannheimer Kollegen sahen ihn deshalb ungern scheiden, als ihn der Verbandsvorstand 1899 als Hilfsarbeiter auf das Verbandsbureau nach Stuttgart berief. Die Tätigkeit als Hilfsarbeiter hat Kayser nicht sonderlich befriedigt. Er fand dabei nicht das Arbeitsfeld, das seinen Kenntnissen und Fähigkeiten entsprach. Als bei der Übertragung der „Holzarbeiter-Zeitung“ von Hamburg nach Stuttgart zu Neujahr 1905 eine Redakteurstelle frei wurde, kam Kayser auf diesen Posten. Nun war er in der Redaktion. In der Schriftstellerei hatte er schon Gefallen gefunden. Und was er schrieb, wurde überall anerkannt. Nicht nur in der Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ war er ein gerngesehener Mitarbeiter, sondern auch in der „Mannheimer Volksstimme“. Auch andere Parteizeitungen schätzten seine journalistischen Arbeiten. Jahrelang war er der württembergische Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung“.

Der Vorstandsvorstand war gut beraten, als er Kayser in die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ berief. Was Kayser in dieser Stellung für die Entwicklung und innere Festigung unseres Holzarbeiter-Verbandes getan hat, läßt sich nicht mit wenigen Worten schildern,



das ist auch nicht der Zweck dieser Zeilen. Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ ihr Ansehen bei Freund und Feind zu einem guten Teil der emsigen und erfolgreichen Tätigkeit des Kollegen Kayser verdankt.

Auch in der Parteibewegung hat Kayser allezeit seinen Mann gestanden. Schon unter dem Sozialistengesetz gehörte er in Mannheim zu dem kleinen Kreis der tätigen Parteigenossen, und er hat später seine Parteitätigkeit in Stuttgart eifrig fortgesetzt, bis zu der im Jahre 1908 erfolgten Verlegung des Verbandsitzes nach Berlin. Gegenwärtig ist er Stadtverordneter in Berlin.

Wenn Michael Kayser auf seine 30jährige Tätigkeit als Angestellter unseres Holzarbeiter-Verbandes zurückblickt, kann er stolz und zufrieden sein. Aber er wird es nicht sein, denn er hat noch nicht alles erreicht, was er sich als Ziel gesteckt hat. Mit 60 Jahren hat der Mensch die Mittagshöhe seines Lebens überschritten. Viele welken dann körperlich und geistig schnell dahin, andere bleiben noch jahrelang gesund und arbeitstüchtig. Unser Kollege Kayser gehört zu den letzteren. Und so wird er auch noch Zeit und Gelegenheit finden, manche seiner Pläne zur Verwirklichung zu führen. Daß ihm das gelingen möge, ist unser Wunsch zu seinen Jubiläen.

hs.

### Die Durchführung des Vertrages in Bayern.

Der Mantelvertrag und das Lohnabkommen sind für Bayern mit den Bezirksverbänden des Arbeitgeberverbandes abgeschlossen. Der Landesverband bayerischer Schreinermeister war an den Verhandlungen nicht beteiligt. Bei Beginn der Vertragsverhandlungen im Januar dieses Jahres war der anwesende Geschäftsführer des Reichsverbandes des Tischlerhandwerks von unserm Verbandsvertreter begrüßt worden, in der Annahme, daß auch die Innungsverbände sich an den Verhandlungen beteiligen würden. Das war aber ein Irrtum, der sofort berichtigt wurde. Der Vertreter des Reichsverbandes war nicht in dieser Eigenschaft, sondern als Vertreter des Arbeitgeberverbandes erschienen, und er teilte später mit, daß er den Reichsverband nicht vertreten könne, weil ihm insbesondere die süddeutschen Schreinermeisterverbände keine Vollmacht gegeben hätten.

Die Nichtbeteiligung an den Verhandlungen bedeutet natürlich nicht Befreiung von den Vertragspflichten. Gleich nach Abschluß der Vertragsverhandlungen wurde der Landesverband bayerischer Schreinermeister freundlich ersucht, das Verhandlungsergebnis unter schriftlich anzuerkennen. In einer mündlichen Ansprache zwischen seinem Vorstand und unserm bayerischen Gauvorsteher erklärte sich der Landesverband bereit, den Mantelvertrag, aber ausschließlich der Lehrlingsbestimmungen, anzunehmen. Diese Frage sollte dem bevorstehenden Verbandstag zur Entscheidung vorgelegt werden. Wegen des Termins für die Inkraftsetzung der Lohnregelung wollten sich die Vertreter des Landesverbandes

verständigen. Da der Mantelvertrag ein Ganzes ist und seine Durchführung nun beschleunigt werden muß, gingen nunmehr unsere Kollegen mit den geeigneten Maßnahmen vor. Nach einer am 26. Juni gemachten Aufstellung lag an diesem Tage im Gau Nürnberg aus 7 Orten von 60 Unternehmern, die zusammen 771 Gesellen und 109 Lehrlinge beschäftigten, die schriftliche Anerkennung der Forderung vor. In einer Reihe von Orten steht eine Anzahl von Kollegen im Streit. Ebenso sind im Gau München die Kollegen in einer Reihe von Städten in den Streit getreten. Bei diesem Kampf kommt der Arbeitgeberverband, der Mantelvertrag und Lohnabkommen anerkannt hat, nicht in Betracht. Er richtet sich gegen die Mitglieder des Schreinermeisterverbandes und die unorganisierten Unternehmer. Es steht zu erwarten, daß der Kampf bald und erfolgreich endet wird.

### Von der nordwestdeutschen Schildbürgererei.

Mit den Taten des großen Handwerksretters Dr. Schild in Hannover haben wir uns an anderer Stelle dieser Nummer beschäftigt. Die dort erwähnten Mitteilungen bedürfen aber noch einer Ergänzung. Das Reich des Herrn Dr. Schild, der Nordwestdeutsche Tischler-Innungsverband, erstreckt sich auf Gebiete, die zum Teil zum Bezirk Bremen, zum Teil zum Bezirk Niedersachsen des Mantelvertrages gehören. Er ist aber in beiden nicht allein maßgebend, sondern im Bezirk Bremen ein Glied der Vereinigung nordwestdeutscher Arbeitgeberverbände des Holzgewerbes, während er in Niedersachsen zur Vereinigung niederländischer Holzarbeitgeberverbände gehört. Es ist ja eine Eigenart der Unternehmer im Holzgewerbe, daß sie in eine Menge von Organisationen und Organisationschen zersplittert sind, so daß ein Wirrwahl entsteht, in dem sich kaum die Beteiligten, geschweige denn Außenstehende zurechtfinden.

Wir haben bereits berichtet, daß die Vereinigung niederländischer Holzarbeitgeberverbände durch den Austritt der Schildschen Organisation gesprengt ist. Für die verbliebenen Organisationen hat der bisher federführende Syndikus Dr. Mundry für den 22. Juni zu einer Sitzung geladen, in welcher man sich über die Bestimmungen für den Bezirksstarifvertrag verständigen sollte. Diese Sitzung ist ergebnislos geblieben. Die beteiligten Unternehmerverbände scheinen die durch Dr. Schild geschaffene Situation ausnützen zu wollen, um sich gleichfalls seitwärts in die Büsche zu schlagen und vom Vertrag loszukommen. So leicht wird ihnen aber das nicht gelingen. Vorläufig ist die Lage im Bezirk Niedersachsen noch ungeklärt.

Sinsichtlich des Bezirks Bremen hatte Dr. Schild in einem Rundschreiben vom 12. Juni seine Leute angewiesen, sich an irgendwelchen Verhandlungen, welche von der Vereinigung nordwestdeutscher Arbeitgeberverbände des Holzgewerbes, Sitz Bremen, aus eingeladen werden, nicht mehr zu beteiligen, damit sie nicht Gefahr laufen, unter den Tarifvertrag zu kommen. Dessenungeachtet wurde am 17. Juni der Bezirkslohntarif von den beteiligten Organisationen unterzeichnet. Für den Nordwestdeutschen Tischler-Innungsverband lautet die Unterschrift: „Herrn Brasch, Zweiter Vorsitzender.“ Diese Mißachtung seiner Anweisung brachte den wackeren Dr. Schild in Harnisch. Am 20. Juni sandte er den beteiligten Gewerkschaftsvertretern einen Schreibbrief, in welchem er sagt, „daß die Unterschrift des Herrn Brasch im Namen des Nordwestdeutschen Tischler-Innungsverbandes rechtswidrig ist, da Herr Brasch vom Nordwestdeutschen Tischler-Innungsverband nicht bevollmächtigt ist, rechtsverbindliche Unterschriften im Namen des Verbandes abzugeben. Gegen Herrn Brasch ist bereits Privatklage eingeleitet worden.“ Außerdem wird noch auf die angebliche Tarifunfähigkeit des Nordwestdeutschen Tischler-Innungsverbandes hingewiesen, die die Unterschrift des Herrn Brasch erst recht unwirksam mache.

Wir beschränken uns auf die Mitteilung dieser Tatsachen. Selbstverständlich wird unser Verband den Schildbürgerereien auch in Nordwestdeutschland mit den geeigneten Maßnahmen entgegentreten. Aber die Art dieser Maßnahmen werden wir später berichten.

### Lohnabkommen für das östliche Westfalen.

Der Landestarifvertrag für das Holzgewerbe des östlichen Westfalen vom 3. Mai 1927 ist noch in Kraft. Dagegen ist das dazugehörige Lohnabkommen abgelassen. Nun ist mit den beteiligten Arbeitgeberverbänden am 19. Juni eine neue Lohnvereinbarung getroffen worden, nach welcher die vertraglichen Durchschnittslöhne ab 8. Juli um 4 Pf., ab 8. September um weitere 2 Pf. erhöht werden. Dadurch steigt der Vertragslohn in den dort in Betracht kommenden Ortsklassen III bis VI am 8. Juli auf 103, 98, 93 und 88 Pf., ab 8. September auf 105, 100, 95 und 90 Pf.

### Büchsenarbeiter in Erlangen.

Zwischen der Büchsenfabrik Emil Kränzlein u. Co. und unserm Verbande wurde auf dem Wege freier Vereinbarung ein Abkommen getroffen, daß ab 13. Juni eine Lohn-erhöhung von 4 Pf. bringt. Damit steigt der Stundenlohn für Facharbeiter über 22 Jahre auf 85 Pf. Die Altkordpreise erhalten einen Zuschlag von 4 Prozent. Das Abkommen kann erstmalig zum 2. Juli 1930 gekündigt werden.



# Holzindustrie



## Die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen.

Das Reichsversicherungsamt hat seine Unfallstatistik in der Weise erweitert, daß es der Erforschung der Ursachen eine größere Aufmerksamkeit zuwendet. Im Heft 15 des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlicht es eine Unfallursachenstatistik für das Jahr 1927. In diesem Jahre sind bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt 828 756 Unfälle vorgekommen, von denen 53 283 entschädigungspflichtig wurden und 4488 tödlich verlaufen sind. Abzüglich der der Aufsicht der Bergbehörden unterstehenden Betriebe belief sich die Zahl der bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Betriebe auf 916 925 mit 10 711 769 versicherten Personen oder 9 472 825 Vollarbeitern. Demnach entfallen auf

	1000 Versicherte	1000 Vollarbeiter
vorgekommene Unfälle .....	77,37	87,49
entschädigte Unfälle .....	4,97	5,62
tödliche Unfälle .....	0,42	0,47

In dem großen Tabellenwerk sind die Betriebsrichtungen und Vorgänge, bei denen sich Unfälle ereignet haben, gegliedert in Kräfteerzeugungsanlagen, Kraftübertragungsanlagen und Arbeitsmaschinen. Jede dieser Gruppen hat eine Unterteilung erfahren. So sind die Kräfteerzeugungsanlagen in elf Abteilungen gegliedert, z. B. Dampfessel, Dampfmaschinen, Gasgeneratoren usw. Für die meisten dieser Abteilungen ist noch eine weitere Gliederung vorgenommen, aus der die Unfallursache speziell zu ersehen ist, mit der Zahl der auf sie entfallenden Unfälle. Die Zahl der entschädigten Verletzten ist getrennt nach dem Geschlecht angegeben und geschieden nach Erwachsenen und Jugendlichen; außerdem ist neben der Zahl der tödlich Verletzten auch die der Augenverletzungen, der Verbrennungen und der Ertrunkenen genannt. In der gleichen Weise sind die Arbeitsmaschinen behandelt. Bei diesen ist aber noch eine Verteilung auf die einzelnen Industriezweige erfolgt. So sind z. B. bei der Holzindustrie 32 Arten von Maschinen aufgeführt, mit speziellem Nachweis des Teiles der einzelnen Maschine, an welchem sich der Unfall ereignete. Schließlich sind noch die nicht unter die hier genannten Gruppen fallenden Unfallursachen in 18 weitere Gruppen gegliedert mit den entsprechenden Angaben.

Von den 53 283 entschädigungspflichtigen Unfällen wurden 45 901 erwachsene Männer, 3636 erwachsene Frauen, 3201 männliche und 545 weibliche Jugendliche betroffen. Tödlich verlegt wurden 4191 Erwachsene und 295 Jugendliche.

Von den Maschinen der Holzindustrie erforderten die meisten Opfer die Kreislagen. Auf sie entfallen 1583 entschädigte Unfälle, darunter 22 tödliche. In 122 Fällen wurden Augenverletzungen festgestellt. Die meisten der schweren Unfälle wurden durch das Sägeblatt verursacht, nämlich 1415, davon 8 tödliche. Das Arbeitsstück, also wohl dessen Rückschlag, war in 118 Fällen Unfallursache. Beachtenswert ist, daß 12 dieser Unfälle tödlich verliefen. Mit der Zahl der Unfälle kommt der Kreislage am nächsten die Fräse, auf deren Konto 756 Unfälle, davon 8 tödliche entfallen. Auch hier ist das Werkzeug an erster Stelle die Unfallursache, nämlich in 701 Fällen, das Arbeitsstück in 38 Fällen. An Abriecht- und Flügelmaschinen ereigneten sich 447 Unfälle, darunter 2 tödliche. Zu Lasten der Bandsäge gehen 154 Unfälle, auf die Dickenhobelmaschine 82. Von diesen kommen 47 auf Messerwelle und -köpfe, 14 auf die Einzugswalzen und 3 auf das Arbeitsstück.

Im ganzen kamen auf Arbeitsmaschinen der Holzindustrie 27 139 gemeldete und 3406 entschädigte Unfälle, darunter 58 tödliche. Verletzt wurden 3056 erwachsene Männer, 36 erwachsene Frauen, 305 männliche und 9 weibliche Jugendliche. Als Unfallfolgen wurden in 261 Fällen Augenverletzungen und in 4 Fällen Verbrennungen festgestellt.

Bei den früher vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Unfallstatistiken waren Erasmiffionen und Arbeitsmaschinen als eine der Betriebseinrichtungen zusammengefaßt, durch welche Unfälle verursacht wurden. Aus diesen Statistiken konnte regelmäßig festgestellt werden, daß die Unfallhäufigkeit in der Holzindustrie den Gesamtdurchschnitt stark übersteigt, und daß die Holzindustrie in dieser Hinsicht weit aus der Spitze marschiert. Dieses wenig erfreuliche Verhältnis tritt bei der vorliegenden Statistik, bei der ein Vergleich der Unfallhäufigkeit an den Arbeitsmaschinen allein möglich ist, noch deutlicher in Erscheinung. Die vier Berufsgenossenschaften der Holzindustrie und die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie zählten im Jahre 1927 zusammen 555 279 Vollarbeiter, während die hier vorliegende Statistik für die gewerblichen Berufsgenossenschaften, wie oben erwähnt, 9 472 825 Vollarbeiter umfaßt. Wir können nun die folgende Übersicht aufmachen:

Diese Zahlen zeigen, daß die Arbeitsmaschinen der Holzindustrie in bezug auf Gefährlichkeit den Durchschnitt der Arbeitsmaschinen aller Industriezweige um ein Vielfaches übersteigen. Auf die Holzindustrie entfallen nur 5,9 Prozent der hier in Betracht kommenden Arbeiter.

## Unfälle an Arbeitsmaschinen.

	Alle gewerblichen Berufsgenossenschaften	Die 5 Berufsgenossenschaften der Holzindustrie	
		absolut	Prozent
Vollarbeiter .....	9 472 825	555 279	5,9
Vorgekommene Unfälle .....	117 196	27 139	23,1
Entschädigte (schwere) Unfälle .....	11 291	3 406	30,1
Tödliche Unfälle: Erwachsene .....	202	56	27,7
Jugendliche .....	24	8	33,3
Augenverletzung als Unfallfolge .....	2 235	261	11,6

Auf Maschinen der Holzindustrie kommen aber 23,1 Prozent der gemeldeten und gar 30,1 Prozent der entschädigungspflichtigen Unfälle. Tödliche Unfälle ereignen sich an Maschinen verhältnismäßig selten, deshalb erscheint in der Statistik, die sich auf alle Unfälle bezieht, die Zahl der tödlichen Unfälle in der Holzindustrie ziemlich klein. Betrachtet man aber, wie es hier geschieht, nur die Unfälle an den Arbeitsmaschinen, dann sieht man erst, daß auch in dieser Hinsicht die Holzindustrie den Gesamtdurchschnitt weit übersteigt. Selbst die Zahl der Augenverletzungen ist an den Holzbearbeitungsmaschinen noch doppelt so groß wie im Gesamtdurchschnitt aller Industriezweige.

Diese Statistik muß für die an Maschinen beschäftigten Kollegen eine neue Mahnung sein, die Unfallverhütungsvorschriften peinlich zu beachten. Unser Verband, als der berufene Vertreter der Holzarbeiter, führt mit unermüdlichem Eifer den Kampf um die Verbesserung des Unfallschutzes. Dieser Kampf wird um so erfolgreicher sein, je mehr die gefährdeten Kollegen durch ihr Verhalten im Betriebe zeigen, daß sie die Bedeutung dieses Kampfes kennen und ihn nach besten Kräften unterstützen.

## Holzschwellen oder Eisenochwellen.

Im Verkehrsweesen wird die Frage, ob Holz oder Eisen der für gewisse Stoffe geeignetere Werkstoff ist, seit langem umstritten. Die Gebiete, auf denen der Kampf tobt, sind Waggbon- und Bahnoberbau. In letzter Zeit ist im Zusammenhang mit der Konzentrationsbewegung in der Waggonindustrie vornehmlich um die Verwendung von Holz- in Fahrzeugbau gestritten, der Verwendung im Streckenbau dagegen verhältnismäßig wenig Beachtung geschenkt worden. Die Vernachlässigung ist um so weniger gerechtfertigt, als unser Bedarf an Schwellenholz weit größer ist als der an Waggonholz, das Urteil über die Holzschwelle unsere Holzwirtschaft also ungleich stärker berührt als das über Waggonholz.

Der Geschäftsbericht der Reichsbahn enthält sehr interessante Angaben über die Verwendung von Holz- und Eisenochwellen. Daraus geht hervor, daß die Befürchtung, die man in den ersten Nachkriegsjahren hatte, der Bedarf an Holzochwellen würde zurückgehen, durchaus gegenstandslos ist. Zu diesem Schluß kommt man bei Betrachtung der Gleiskilometer, die auf Holz- und Eisenochwellen verlegt sind. Auf Holzochwellen wurden von den neuen gesamten Oberbauformen verlegt: 1926 948 Kilometer von insgesamt 2969 Kilometer gleich 32 Prozent, 1927 1978 Kilometer von insgesamt 4193 Kilometer gleich 48 Prozent, 1928 2481 Kilometer von insgesamt 3195 Kilometer gleich 78 Prozent.

Wie man sieht, erfreut sich die Holzschwelle bei der Reichsbahn also steigender Beliebtheit, immer mehr Strecken werden mit Holzochwellen versehen, und ein immer größerer Prozentfuß aller erneuerten Gleise sind auf ihnen montiert. Namentlich letzteres ist von Bedeutung. Da nämlich seit 1927 bei den Erneuerungsarbeiten ausschließlich die Bahnbau-normen unter versuchsweiser Verwendung sowohl der Eisen- als auch der Holzochwellen angewandt werden und das Ergebnis offensichtlich zugunsten der Holzochwellen ausgefallen ist, darf damit gerechnet werden, daß ihre dank objektiver Prüfung nunmehr gesicherte Vorzugstellung durch theoretische Argumentationen der Eisenindustrie nicht mehr in Frage gestellt ist. 1926 wurden übrigens außer den oben genannten 2969 Kilometern noch weitere 1074 Kilometer erneuert, allerdings nicht mit Oberbau-normen; ein Teil dieser Strecke ist wohl auch mit Holzochwellen verlegt worden, so daß die Steigerung des Schwellenbedarfs von 1926 auf 1927 nicht so groß ist, wie nach den angeführten Ziffern zu schließen wäre.

Die nunmehrige Bevorzugung der Holzochwellen ist um so beachtenswerter, als sich die Reichsbahn zu ihr gewissermaßen erst bekehren mußte. Noch 1926 glaubte man, die Eisenochwellen bevorzugen zu sollen. Man erfand ein neues Verbindungsverfahren zwischen Schwelle und Schiene, von dem man sich eine Verlängerung der Lebensdauer der Eisenochwellen versprach und erklärte, die neue Eisenochwellen viel leicht schon im nächsten Jahre in größerem Umfange verlegen zu wollen, falls die Industrie sich dann bereits auf sie eingestellt habe. Inzwischen sind zwei Jahre vergangen, und

die Ankündigung wurde nicht wahrgemacht. Und nicht nur nicht das, die Verwendung der Eisenochwellen ging sogar zurück. An mangelnder Einstellung der Eisenindustrie hat es gewiß nicht gelegen, sie hat so reichliche Kapitalien investiert, daß die verhältnismäßig geringe Summe, die zur Massenerstellung der neuen Eisenochwellen nötig gewesen wäre, auch noch mit Leichtigkeit hätte aufgebracht werden können. Die Ablehr von dem schon publizierten Programm muß also andere Gründe haben.

Tatsächlich fehlt es an ihnen nicht. Die Betriebserfahrungen, also betriebstechnische Gründe, sprechen dafür, daß die Holzochwellen der Eisenochwellen überlegen ist. Zunächst ist sie bei den neuen 30-Meter-Schienen, die auf den wichtigsten Schnellzugstrecken, auf Brücken und in Tunneln verlegt werden sollen, die einzig angebrachte Unterlage, denn sie ist — im Gegensatz zur Eisenochwellen — elastisch und vermeidet die störenden Klappergeräusche. Wollte man die 30-Meter-Schienen wie die bisherigen 15-Meter-Schienen wiederum zum Teil auf Eisenochwellen verlegen, so würde man nur halbe Arbeit tun. Zweck der langen Schienen ist doch, das Reisen durch Verminderung der Stöße, die an den Schienenenden auftreten, angenehmer zu machen; dem gleichen Zweck dient aber auch die Auswechslung der Eisenochwellen gegen Holzochwellen. Die Reichsbahn hält beides für so wichtig, daß sie sowohl im Geschäftsbericht 1927 als auch in dem für 1928 auf diesen Sachverhalt hinweist.

Aus der Umstellung des Schwellenbedarfs der Reichsbahn ergeben sich weitgehende Eingriffe in die Struktur unseres gesamten Holzmarkts. Hierüber wird in einem besonderen Aufsatz zu sprechen sein.

## Zuchthäuser als Bildhauerlehrestätten.

Das Elend des Bildhauerberufs ist sprichwörtlich. Viele hundert Bildhauergehilfen haben, nachdem sie monate- und jahrelang vergebens auf Wiederbeschäftigung im Beruf gewartet hatten, in fremde Industrien abwandern müssen. Andere Hunderte liegen heute noch erwerbslos auf der Straße. Wann und ob sie jemals wieder im Beruf werden arbeiten können, ist im höchsten Maße ungewiß. Vorläufig zeigen sich noch nirgends Lichtblicke für einen baldigen und merkbaren Wiederaufstieg des Bildhauergewerbes.

Die Unternehmer und die Gehilfen tragen dieser Tatsache insofern Rechnung, daß sie gemeinsam für eine Beschränkung des Nachwuchses im Beruf eintreten. Diese Bestrebungen hält die Verwaltung des Zuchthauses in Gollnow für verkehrt. Wie uns berichtet wird, werden dort etwa 20 Häftlinge als Bildhauer angelehrt. Auftraggeber sind vornehmlich Gollnower Betriebe. Natürlich geschieht das auf Kosten der in Gollnow ansässigen Bildhauer. Verschiedene Kollegen sind schon seit Monaten arbeitslos, andere lagen in diesem Jahre schon bis zu vier Monaten auf der Straße. Und selbst wenn in Gollnow alle ansässigen Bildhauer beschäftigt wären, so brauchte die Verwaltung des Gollnower Zuchthauses doch keine Bildhauer auszubilden, denn in anderen Städten warten seit Jahren Hunderte auf Beschäftigung. Das Vorgehen der Zuchthausverwaltung in Gollnow ist unbegreiflich. Hoffentlich kümmern sich die vorgesetzten Behörden einmal um diese Dinge.

## Aus der polnischen Furnierindustrie.

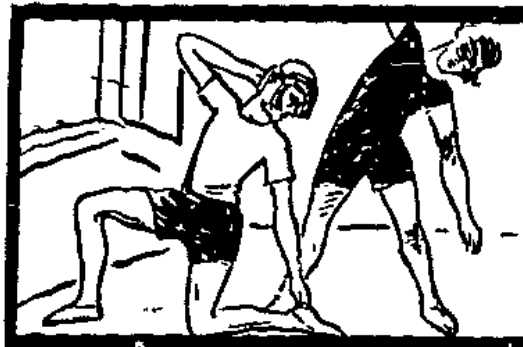
Vor dem Weltkriege gab es auf dem Gebiet der heutigen Republik Polen fünf Furnierfabriken, die alle in Warschau ihren Sitz hatten. Im Laufe der Nachkriegszeit sind diese Betriebe wesentlich ausgebaut worden, ferner sind noch fünf neue hinzugekommen, so daß es heute in Polen 10 Furnierfabriken gibt. Die Länge der Messer betrug früher höchstens 3 Meter. Gegenwärtig besitzen die meisten Betriebe schon Messer von 4 1/2 Meter.

Das Absatzgebiet der polnischen Furnierindustrie war früher ausschließlich Rußland, heute beliefert sie auch den westeuropäischen Markt. Augenblicklich arbeitet sie schon zu 50 Prozent für den Export. Hergestellt werden in der Hauptsache Eichenfurniere, die etwa 80 Prozent der Produktion ausmachen.

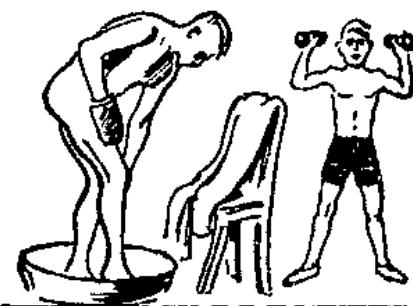
Unabhängig von der Furnierfabrikation besitzen alle Fabriken dieser Branche Einrichtungen für den Einschnitt dünner Bretter auf Horizontalgattern. Es sind dies Dicken in einer Stärke von 6, 9 und 12 Millimeter, die in größeren Mengen nach Holland, Belgien und Skandinavien ausgeführt werden.

Nach Ansicht der polnischen Furnierfabrikanten könnte die Produktion von Furnieren noch wesentlich ausgebaut werden, wenn sich nicht ein Mangel an Eichenholz zeigen würde. Eichenmaterial gibt es in Polen verhältnismäßig wenig. Sie wenden sich daher gegen die Ausfuhr von Eichenrundholz. Die Frage der Versorgung der inländischen Furnierindustrie mit ausreichenden Rohmaterialien ist jedoch insofern etwas kompliziert, als die polnischen Furnierfabriken nicht auf die ganze heimische Produktion von Eichenholz, sondern nur auf bestimmte Sorten reflektieren, die sich besonders für die Furnierherstellung eignen.

*Mit Zufassung dieses Nummern ist  
Am 27. Wofanbrukow föllig*



# Gesundheit und Körperpflege



## Stottern, seine Ursache und Behandlung

Von San.-Rat Dr. Albert Liebmann,  
Spezialarzt für Sprachstörungen, Berlin.

Viele Leute behaupten: „Es gibt keine Wunder.“ Aber indem sie diesen Satz aussprechen, ist bereits ein Wunder geschehen. Denn die Sprache ist ein Wunder: aus dem geistigen Gedanken wird ein stofflicher Vorgang, nämlich die Schwingungen, die wir jetzt auch mit dem Radioapparat auffangen können. Beim Sprechen verrichten wir zwei ganz verschiedene Tätigkeiten: das Denken des Textes und die Aussprache. Die Aussprache ist rein automatisch, genau so automatisch wie das Gehen. Wenn wir zu ebener Erde gehen oder wenn wir eine Treppe hinaufsteigen oder heruntersteigen, sind die Gehbewegungen jedesmal ganz verschieden und sie erfolgen automatisch durch die Vorstellung, zu ebener Erde gehen zu wollen oder eine Treppe hinauf- oder heruntergehen zu wollen. Die Sprache ist nun so eingerichtet, daß wir nur unsere Aufmerksamkeit auf den Text richten sollen, dann erfolgt durch die Vorstellung, diesen Text aussprechen zu wollen, die Aussprache rein automatisch. Damit haben wir nichts zu tun und können auch nichts damit zu tun haben; denn die Sprache ist ein Wunder.

Die Eltern und Erzieher halten das Stottern für eine Nachlässigkeit und drängen den Stotterer durch unsachgemäße Vorschriften immer mehr und mehr von der automatischen Sprache ab. Das Stottern entsteht entweder ganz plötzlich oder allmählich. Plötzlich entsteht es durch Fall oder Schlag auf den Kopf, oder durch einen gewaltigen Schreck, oder durch Infektionskrankheiten (Scharlach, Masern, Diphtherie, Influenza, Grippe, Typhus usw.). Allmählich entsteht es im Laufe der kindlichen Sprachentwicklung durch zu schnelles Sprechen oder durch Ungeklärtheit des Ausdrucks. In den akuten Fällen besteht etwa 4 bis 6 Wochen eine Unmöglichkeit, anders als stotternd zu sprechen, indem krampfartige Bewegungen der Sprachorgane die Sprache hindern. Nach diesem Anfangsstadium könnte der Stotterer fließend sprechen, wenn nicht die Erzieher den Fehler machten, dem Stotterer die falsche Vorschrift zu geben: „Paß auf beim Sprechen, daß du nicht stotterst, und gib dir Mühe beim Sprechen.“ Der Stotterer richtet nun seine Aufmerksamkeit auf die Aussprache und begleitet diese mit Nebengedanken der Furcht (z. B.: „wenn ich stottere, bekomme ich Schelte“). Dadurch spricht er stotternd wie jemand, der zerstreut ist. Dann „gibt er sich Mühe“, macht Anstrengungen und klemmt dadurch den Ton ab. Der Stotterer soll die Sprache mit Gewalt hervorbringen. Das liegt jenseits des menschlichen Vermögens. Wenn die Erzieher nach dieser Vorschrift sprechen würden, dann würden sie auch stottern.

Wenn man nach dem Anfangsstadium von etwa 4 bis 6 Wochen mit dem Stotterer zusammen liest oder zusammen spricht (uni sono), dann ist die Sprache völlig fließend, weil dann der Stotterer seine Aufmerksamkeit nicht auf seine eigene Sprache richten kann, sondern seine Aufmerksamkeit auf die Sprache des Mitredenden richten muß, d. h. auf den Text, und dadurch ist die automatische Einstellung der Sprache gewonnen.

Wenn der Stotterer allein ist und spricht, z. B. bei den Schularbeiten, so sagt er sich: „Jetzt brauchst du beim Sprechen nicht aufpassen und dir auch keine Mühe zu geben“, dann spricht er völlig fließend, weil er rein automatisch spricht. Auch mit seinen vertrauten Kameraden, die sich gar nicht um seine Sprache kümmern, spricht er fließend; während er vor seinen strengen Eltern oder Erziehern stottert. Es kommt vor, daß ein Schüler bei einem Lehrer stark stottert, während die anderen Lehrer gar nichts vom Stottern merken. Das hängt erstens ab von dem Unterrichtsgegenstand und zweitens von der Person des Lehrers. Bei unruhigen Kenntnissen stockt auch der Normal Sprecher, aber er macht nicht den Fehler, sich über die Stockungen aufzuregen und Anstrengungen zu machen. Der Normal Sprecher überläßt die Stockungen ruhig seinem Sprachapparat, der wird schon damit fertig. Der Stotterer glaubt, sein Sprachapparat funktioniert nicht so wie der des Normal Sprechers. Aber das Stottern liegt nur an der falschen Umschaltung der Aufmerksamkeit, wie das obige Experiment beweist. Man muß freilich das Experiment richtig machen und darf, wenn der Stotterer noch bei den ersten zusammen gesprochenen Sätzen stottert, nicht auf ihn warten; dann spricht er bei den folgenden zusammen gesprochenen Sätzen völlig fließend.

Bei dem strengen Lehrer stockt auch der Normal Sprecher, weil er zögert, aber er fällt nicht um und macht keine Anstrengungen. Anders der Stotterer. Der sagt sich: „Wenn ich stottere, bekomme ich die Antwort nicht heraus, und dann wird der Lehrer denken, daß ich die Antwort nicht weiß.“ Dann sagt er sich: „Paß auf und gib dir Mühe.“ Damit ist die falsche Einstellung zur Sprache wieder da.

Die meisten Stotterer sprechen beim Deklamieren und Singen fließend. Die Gründe dieser seltsamen Erscheinungen sind: 1. Der Text ist auswendig gelernt, und infolgedessen fallen die normalen Stockungen fort, die bei Unsicherheit des Textes auftreten und den Stotterer derartig irritieren, daß er Anstrengungen macht und dadurch ins Stottern gerät.

2. Beim Deklamieren und Singen überwiegen die Vokale, während beim Stottern die Konsonanten überwiegen.

Manche Stotterer können auch fließend Sätze nachsprechen, weil dabei auch der Text gegeben ist. Andere stottern auch beim Nachsprechen. Das sind diejenigen, die beim freien Sprechen die sogenannten „schwierigen“ Worte vermeiden. Gewöhnlich werden nämlich mit den Stotterern von den Erziehern „Übungen“ veranstaltet. Gestotterte Worte werden zur Übung endlos wiederholt, und je mehr sich der Stotterer bei diesen Worten „Mühe gibt“, um so mehr stottert er. Das nehmen die Erzieher sehr übel und gehen nun mit größerer Strenge vor. Infolgedessen bekommen die Stotterer die Vorstellung, daß diese Worte besonders „schwierig“ sind. Aber sie sind gar nicht „schwierig“. Die „Schwierigkeit“ entsteht nur dadurch, daß der Stotterer bei diesen Worten „aufpaßt“ und „sich Mühe gibt“.

Auch werden mit den Stotterern „Atemübungen“ gemacht: „Tief Luft holen, Luft anhalten, Luft ausstoßen“. Durch diese Atemübungen werden die Stotterer immer mehr von der natürlichen automatischen Sprache abgedrängt.

Zur Heilung des Stotterns sind ganz komplizierte Systeme von Atmungs- und Sprechübungen aufgestellt worden. Man „übt“ den Stotterern die einzelnen Laute und Silben ein. Man läßt sie in künstlichen Sprachen reden (z. B. mit leisem Stimmansatz, mit gedehnten Vokalen und mit übertriebener Artikulation). Diese Kunstsprachen lernen die Stotterer sehr leicht, aber sie können sie im praktischen Leben nicht anwenden.

Ich wende keinerlei Kunstsprache an. Ich spreche Sätze mit dem Stotterer zusammen (uni sono) in ganz natürlicher Sprache. Ich spreche den Satz erst vor, dann wiederholen wir ihn zusammen. Allmählich spreche ich immer leiser mit, so daß schließlich der Stotterer die Sätze allein wiederholt. Dann lasse ich den Stotterer kleine Geschichten erzählen. Dabei treten die normalen Stockungen auf infolge der Unsicherheit des Textes. Es kommt darauf an, den Stotterer gegen diese Stockungen abzuwöhnen, damit er nicht umfällt und Anstrengungen macht. Bei Kindern genügen Sprachübungen, erwachsene Stotterer muß man auch feilsch behandeln, da sie durch die jahrzehntelangen Zurücksetzungen in Haus, Schule und Beruf schwer deprimiert sind. Man muß die erwachsenen Stotterer darauf aufmerksam machen, daß das Stottern nicht ein Unglück ist, sondern ein Segen, insofern sie durch diese Sprachstörung zum Training der Selbstbeherrschung gezwungen werden. „Wer seine Last tragen will, den trägt sie.“

## Vorsicht bei Verwendung von Tintenstiften.

Der Tintenstift bürgeht sich immer mehr ein. Das hat jedoch auch Schattenseiten. Kleine Verletzungen, die bei Verwendung von Tintenstiften entstehen, haben häufig sehr schlimme Folgen, da der Farbstoff, das Methylenblau, stark giftig ist. Wenn dieses Gift in den Körper dringt, so löst es sich in den Körperflüssigkeiten allmählich auf. Die Wundinjektion erscheint zunächst als geringe Gefahr. Bei dem Verletzten machen sich anfangs meistens nur Abgeschlagenheit, Appetitlosigkeit und andere allgemeine Krankheitsercheinungen bemerkbar. An der durch den Stich oder den Staub des Tintenstiftes getroffenen Stelle verfällt das Gewebe; es tritt „Gewebstod“ ein. Die Wunde scheidet geringe Mengen violett gefärbter Flüssigkeit aus. Plötzlich schmerzt das verletzte Glied, es schwillt an und wird unbeweglich. Bei einem operativen Eingriff findet der Arzt dann verödete Blutgefäße, abgestorbene Sehnen usw. vor. Die ganze Umgebung der Wunde ist von dem Farbstoff durchdrungen. Die Wunden heilen schwer; häufig wird ein weitgehender ärztlicher Eingriff nötig. Außerste Vorsicht ist daher bei der Verwendung von Tintenstiften erforderlich. Sie sollten in der Tasche und auf dem Schreibtisch stets gesichert sein.

## Zahnpflege der Kinder.

Schon das Milchzahngebiss erfordert von Anfang an eine sorgfältige Beobachtung. In den ersten drei Lebensjahren genügt zu seiner Pflege das Auswischen mittels eines reinen feuchten Wattebäuschchens. Sobald das Kind aber intelligent genug ist, also im Alter von 3 bis 4 Jahren, muß die Gewöhnung an das Zahnbürstchen und Mundauspülen erfolgen. Man gewöhne das Kind morgens nach dem Aufstehen und abends vor dem Schlafengehen daran, mit Zahnpulver und einer weichen Kinderzahnbürste die Mundhöhle zu säubern. Das Kind muß angehalten werden, die kleine Berrichtung der Mundreinigung so sorgsam wie möglich zu machen, und sein Nachahmungstrieb wird ihm dies erleichtern, besonders wenn es die Eltern bei der eigenen Mundpflege beobachtet. Außerdem möge es angehalten werden, nach jeder Mahlzeit den Mund wenigstens mit einem Schluck frischen Wassers tüchtig auszuspülen. Nur auf diese Weise können die sich schnell zersetzenden säureerregenden Speisereste aus ihren Lagerstätten entfernt werden, und das Kind wird immer gute Zähne behalten.

## Fliegenplage — Kinderplage.

Von Dr. S. Bernhard.

Fliegen sind sehr lästig, aber auch sehr gefährlich. Sie spielen bei der Übertragung und Verbreitung ansteckender Krankheiten, z. B. von Typhus, Ruhr, Pocken, Cholera und Pest eine bedeutsame Rolle. In Amerika hat man deshalb eine recht wirksame und einheitlich durchgeführte Bekämpfung der Fliegen veranstaltet; in Deutschland noch nicht. Sehr zu Unrecht! Von der Gefährlichkeit der Fliegen kann man sich ein anschauliches Bild machen, wenn man sich den „Lebenswandel“ unserer Stubenfliege vergegenwärtigt. Die Stubenfliege ist außerordentlich häufig; von zehn Fliegen, die man in menschlichen Wohnungen antrifft, findet man durchschnittlich neun von dieser Gattung. Mit Vorliebe vertilgt die Stubenfliege menschliche und tierische Kotreste; daneben Blut, Schweiß, Eiter und Auswurf. Diese „Speisen“ der Fliegen muß man alle nennen, wenn es sich darum handelt, die Gefährlichkeit der Fliegen zu schildern und zweckdienliche Ratschläge für die Fliegenbekämpfung zu erteilen.

Große Epidemien werden durch Fliegen als Krankheitsüberträger hervorgerufen. Besonders gefährlich ist die Verschleppung von Kotteilchen, die von Typhus- und Ruhrkranken stammen. Namentlich in den Sommermonaten.

Hat nämlich eine Fliege genügend gestressen, so setzt sie sich zur Verdauung nieder. Dabei hat sie die leidige Gewohnheit, sehr oft aus ihrem Kropfe Tropfen zu entleeren, in denen die Krankheitskeime vorhanden sind, die sie mit ihrer fragwürdigen Nahrung zu sich genommen hat. Der Tropfen fällt auf die Fläche, auf der die Fliege sitzt, und die ansteckungsgefährlichen Teile werden weiter verschleppt. Andere infektiöse Partikelchen haften dem Kote an, den die Fliege absondert und in die Umgebung verstreut. Schließlich beschmutzt die Fliege mit den an ihrem Körper haftenden infektiösen Keimen alle die Nahrungsmittel und Gegenstände, die sie im Laufe des Tages berührt.

Oft entstehen Erkrankungen auch dadurch, daß Fliegen ihre Eier und Larven in die verschiedenen Körperöffnungen der Kinder ablegen. Fliegenmaden sind oftmals in der Stirnhöhle, im Mittelohr, in der Augenhöhle, ja selbst in der Schädelhöhle der Kinder gefunden worden. Wiederholt hat man in den Darmentleerungen von Säuglingen Fliegenmaden nachweisen können. Diese waren dadurch in den Magen des Kindes gelangt, daß die Fliegen ihre Eier auf die Lippen des schlafenden Kindes gelegt hatten, wenn „Lederbissen“ der Fliegen, wie Speichelflüssigkeit oder Milchreste die Kinderlippen benetzt und die Fliegen zum Raschen angelockt hatten. Mitunter haben Fliegenmaden auf diese Weise schwere Erkrankungen, manchmal den Tod der Kinder zur Folge gehabt.

Mit Eintritt des Herbstes erweist sich besonders auf dem Lande als gefährlicher Feind des Kindes eine Fliegenart, die sich meist in Ställen aufhält und als Stechfliege („Gemeiner Wadenstecher“) bekannt ist. Viele Blutvergiftungen entstehen dadurch, daß die Stechfliege, an deren Stechrüssel giftige Keime haften, Menschen befällt; gerade Kinder werden recht häufig gestochen. Durch Stechfliegen können auch mitunter Tuberkulose und Syphilis auf Kinder übertragen werden.

Die Hausfrau vernichtet die Fliegenbrut am erfolgreichsten durch Auswischen aller Ecken und Nischen von Küche und Speisekammer mit Hilfe einer kresolhaltigen Flüssigkeit. Kindernahrung schließt man am besten vor einer Berunreinigung durch Fliegen, indem man sie in dunklen und kühlen Räumen aufbewahrt. Ein sehr wirksames Mittel, mit dem man sich der Fliegen erwehrt, ist das aus Drahtgaze hergestellte Fliegenfenster, das in keinem Kinderzimmer fehlen sollte. Will man die Fliegen aus einem Zimmer vertreiben, so macht man Zugluft, am besten abends nach Sonnenuntergang.

Auf dem Lande stellt der Mist den günstigen Nährboden für die Fliegen dar. Man tut daher dort gut, die Misthaufen mit Kalkmilch und Chloralkali zu besprengen, um auf diese Weise die Fliegenbrut zu vernichten.

Für den Fliegenfang haben sich von den ungiftigen Mitteln am besten Papierstreifen und Holzstücke bewährt, die man mit einer leimartigen Masse, einer Mischung von Kolophonium und Honig, bestreicht. Recht wirksam ist auch folgendes Vorgehen: man gießt eine Flüssigkeit, bestehend aus vier Teilen Bier und einem Teil einer 35prozentigen Formaldehydlösung, auf flache Teller, von denen mehrere in einem Raum aufzustellen sind. Alle für den Menschen giftigen, vor allem die arsenhaltigen Fliegenmittel, darf man in einem Haushalt, in dem Kinder vorhanden sind, unter keinen Umständen verwenden.

Viele Tausende von Kindern könnte man alljährlich vor schweren Erkrankungen schützen, wenn man auch in Deutschland endlich dazu überginge, die Fliegenplage, die im wahrsten Sinne des Wortes eine Kinderplage ist, zu bekämpfen. Der Arzt kann aber hierbei nur seinen Rat erteilen; die zweckdienlichsten Maßnahmen im Haushalt wirksam durchzuführen, ist Aufgabe und Pflicht aller Eltern, die um das Wohlergehen ihrer Kinder besorgt sind.



# Unterhaltung und Wissen



## Vater Julius.

Von Th. Jauernik.

Das Surren und Brummen der Maschinen durchbricht ein schrilles Klingelzeichen — Mittag. Gleichzeitig hallt die Stimme eines Arbeiters durch den Raum: „Während der Mittagspause ist Werkstattversammlung!“

Das Erlebnis spielt in der Inflationszeit! — Die Preise der lebensnotwendigen Waren überschlagen sich. Der Lohn schmilzt in den Händen wie die Butter an der Sonne. Die Belegschaft fordert, daß allen Arbeitern des Betriebes zur Anschaffung von Lebensmitteln ein Vorschuß ausgezahlt wird. Sie beauftragt die Betriebsvertretung, mit der Geschäftsleitung zu verhandeln; bis zur Erledigung dieser Frage ruht die Arbeit! war der Beschluß der Versammlung.

„Vor 2 Uhr ist von der Geschäftsleitung niemand anwesend, also Gelegenheit, sich etwas lang zu machen“, meldet sich ein Kollege.

„Ich denke doch“, meinte ein anderer, „wir könnten die Zeit zu etwas Besserem ausnützen, Vater Julius wird uns eine Geschichte erzählen.“

„Ach“, sagte der erstere, im Begriff sein Vorhaben auszuführen, „du hörst ja die Flöhe husten!“



Vater Julius, der das Gespräch mit angehört hatte, warf nun dazwischen ein: „Soweit, glaube ich, wird es wohl noch keiner von uns gebracht haben, aber wie die Flöhe in die Welt gekommen sind, könnte ich euch erzählen.“

„Erzähle, erzähle, Père Jules!“ rief man nun von allen Seiten, denn man wußte, daß Vater Julius einer der wenigen war, der sich trotz der traurigen Zeiten für einen Überschuß an Humor bewahrt hatte.

Vater Julius war ein Weltgerüstler, war durchaus nicht eitel, hörte es aber gern, wenn man ihn „Père Jules“ nannte, mit dem Namen, unter dem er das letzte Jahrzehnt in seinem engeren Kreise in der Fremde bekannt war. Erst der alles aufwühlende Weltkrieg spülte ihn aus einem Internierungslager wegen vorgeschrittenen Alters wieder auf heimatischen Boden. Und so brachte es der Zeitenlauf mit sich, daß er auf seine alten Tage wieder neben seinen einheimischen Kollegen an der Hobelbank stand. Vier Jahrzehnte waren vergangen, als er seine Fußreise begann, mit einem „Gott grüße Meister und Gesellen!“ die Mittel für seine Wanderung aufbrachte. Trotz seiner langen Abwesenheit, seines etwas fremden Akzents, erwarb er sich jedoch bald die ungeteilte Zuneigung seiner Arbeitskollegen durch die Lebenswürdigkeit und Hilfsbereitschaft, mit der er auch den jüngsten Kollegen entgegenkam. Seine Menschenkenntnis und sein Können nötigte auch jenen, welche dauernd auf andere schieflich blickten, Respekt ab. Der Schalk, der hinter jeder seiner Bemerkungen hervortrat, tat ein übriges, ihm die Freundschaft aller zu erwerben. Man rühte Vater Julius einen Hocker zurecht, und er begann:

„Mein Weg führte mich einst auch nach dem Süden. Ich wohnte draußen vor der Stadt bei einem kleinen Beamten, der ein leidenschaftlicher Angler war. Er hatte eine von Ansehen sehr nette Frau, die aber den ganzen Tag keine Ruhe fand. Auch wenn der Mann angelte, störte sie ihn immerzu. Eines Tages forderten meine Wirtsleute mich auf, mit ihnen einen Spaziergang zu machen. Und bei dieser Gelegenheit wurde ich Zeuge eines Vorganges, den ich euch jetzt erzählen will. Wir stiegen an den Hängen der Berge einen einsamen Waldweg hinauf und wieder hinunter, bis wir die weite Ebene des Meeres vor uns liegen hatten. Ein paradiesisch schönes Fleckchen Erde, daß man sich nicht wundern würde, den lieben Gott in Person, gefolgt von seinem getreuen Petrus, hier zuweilen lustwandeln zu sehen. Wir wissen doch, wenn der liebe Gott die Erde besucht, daß er dann in viele Orte kommt. Geleitet wie ein latter Wanderer, erkundete er sich an seinen Vätern, beobachtete, horcht und unterzückelt sich über alles. Berührt auch nicht überall ein Zeichen seiner Gerechtigkeit, Milde und Weisheit zu hinterlassen. Sankt Petrus folgte ihm, trägt den Brotkorb, empfängt die Almosen und findet Gnade vor dem Herrn.“

Ich setzte mich an einer kleinen Erhöhung ins Gras, um den Anblick dieser friedlichen, sonnenbestrahlten Landschaft in mich aufzunehmen. Mein Wirt und seine Frau gingen etwas weiter nach unten, an den Rand des Wassers. Er setzte sich auf einen großen Stein, die Beine nach unten

hängend, und ließ seine Angelleine in eine kleine Bucht fallen, in welcher das Wasser klar und blau schimmerte.

„Siehst du,“ sagte schon nach wenigen Minuten seine Frau, „ich habe es gewußt, hier heißt kein Fisch an.“

„Pst,“ sagte ihr Mann, „es wird schon einer anbeißen, aber nur, wenn du ruhig bist und keinen Lärm machst.“

Die Frau bemühte sich nun, sich zu beschäftigen, indem sie den jähenden Möwen nachschaute und wiederholt ihren Mann betrachtete, der nichts fing. Noch blieb sie ruhig, doch dauerte es ihr schließlich zu lange und sie begann abermals: „Ich bin der Meinung, daß wir wohl heute auf unser Fischgericht werden verzichten müssen.“

Ihr Mann beschränkte sich darauf, unter seinem Strohhut die schwarzen Augenbrauen hochzuziehen, ohne weiter auf diese offenbare Wahrheit zu antworten.

Die Frau gähnte. . . .

„Ich glaube,“ sagte sie, „der Schlaf übermannt mich. Es war vergangene Nacht so windig, daß ich kein Auge zutun konnte. Ekelhaft! Denkst du nicht auch, Emil — na, so rede doch —, daß mir das gut tun würde?“

Nur halb öffneten sich die Lippen des Anglers, und ohne zu sprechen hauchte er: „Schlaf!“ Und sie stützte ihren Kopf an der Böschung, schloß die Augen, legte sich rechts, wachte sich links und träumte mit offenen Augen einen kurzen Traum.

„Emil, höre! Ich kann nicht einschlafen. Was könnte ich denn eigentlich tun?“

Mein Wirt zog von neuem seine Augenbrauen in die Höhe, so hoch er es konnte, um diesmal seinen Unwillen über die dauernde Störung erkennen zu geben. Bewegunglos betrachtete er den Schwimmbalken seine Angelleine, welcher sich durch irgend etwas Unbestimmtes leicht auf und ab bewegte.

„Nicht einmal einen Faden habe ich, um meine Finger zu beschäftigen. Die Naturlich macht es gar nichts aus, wenn ich mich langweile; wenn du nur Zerstreung und Vergnügen hast. Na, die Männer sind keine Egoisten? — Aber nun sage mir doch endlich, was ich wohl begreifen könnte, Emil?“

Weiß der Ruckuck, was der Mann geantwortet haben würde, hätte er seinen Gefühlen freien Lauf gelassen.



Ein häßlicher Schwur, ein grobes Wort vielleicht? Glücklicherweise waren der liebe Gott und Sankt Petrus zur Stelle.

„Diese Frau“, sagte Petrus, „hat anspruchsvolle Baunen und eine böse Zunge. Sie könnte einen Heiligen fluchen machen. Sagt, Herr, könnten wir nichts tun für sie und besonders für ihren armen Mann?“

„Ich habe auch schon darüber nachgedacht“, antwortete der liebe Gott. Er blickte sich, pflückte eine kleine Pflanze und sagte:

„Blase darüber hin und schüttle diese Pflanze geschickt über dieser Frau.“

Es war ein Pflänzchen, ganz von kleinen, braunen Körnern bedeckt, jener Art, welche auch im Sande der Küste gedeihen. Und Petrus tat, wie ihm der Herr geheißen. Als er an der Stelle vorüberging, wo die Frau im Sande saß, schüttelte er all die kleinen Körner auf die Unwissende, so leicht, daß sie nichts davon bemerkte.



Aber noch während dies geschah, verwandelten sich die Körner in ebenso viele kleine, springende Insekten, die der Frau am Hals, unter den Armen, ja am ganzen Körper herumkriechten und sie gewissenhaft zwackten und peinigten.

Meine Wirtin begann sich zu kränken und gab sich alle erdenkliche Mühe, dieses sonderbare Gefühl loszuwerden. Endlich hatte sie begriffen und machte Jagd auf die ihr unbekanntes Viecher. Wenn sie eines dieser Tierchen erwischt hatte, mußte dies sein kaum begonnenes Leben zwischen zwei Fingernägeln lassen. So hingeegeben widmete sie sich dieser Beschäftigung, daß sie darüber zu sprechen vergaß.

Auf diese Art fand die Frau ihre Beschäftigung, ihr Mann die Ruhe und die Welt bekam die Flöhe.“

„Père Jules, du Urvieh,“ rief ein Kollege lachenden Mundes, „jetzt hast du uns aber einen aufgebunden.“

In diesem Augenblick betrat die Betriebsvertretung den Saal und gab bekannt, daß die Geschäftsleitung bereit sei, 2 Millionen Mark pro Mann zur Auszahlung zu bringen.

„Verfluchte Schweinerei,“ brummte ein Arbeiter, „das reicht doch wieder nur zu einem Brot und einem Pfund Margarine.“

## Urkunden und Phantasie über die ältesten Bäume der Welt.

Das Geschlecht der Pflanzen verfügt über Greise, wie sie weder Menschen noch Tiere aufzuweisen haben. Gibt es doch eine Anzahl von Bäumen, die das Alter von mehreren tausend Jahren bereits überschritten haben und noch heute vorhanden sind. Allerdings wird man die meisten Angaben nur mit Vorsicht betrachten dürfen, da nicht dort die Jahreszahlen uralter Bäume Vertrauen verdienen, wo sich tatsächliche Urkunden über die Geschichte der Bäume vorfinden. Einer der berühmtesten Baumgelehrte der Welt ist der sogenannte „Buddhabaum“, der sich in Anuradhapura auf Ceylon befindet, und der heute einen Wallfahrtsort für fromme Buddhisten darstellt. In Anbetracht seiner religiösen Bedeutung sind von den Buddhisten über diesen Baum Aufzeichnungen gemacht worden, die seine Geschichte tatsächlich auf 2000 Jahre zurückverfolgen lassen. Der Baum wurde im Jahre 250 vor Christi vom König Dewanampya angepflanzt. Da er mit dem Baum verwandt sein soll, unter dem Buddha schlief, so würde er seit jeher als Heiligtum Buddhas betrachtet. Noch älter ist der Drachenbaum von Ootawa, der angeblich 6000 Jahre alt ist, ohne daß allerdings seit Alter tatsächlich verbürgt ist. Dieser Baum stand in der Nähe des Landhauses La Paz, wo Humboldt im Jahre 1799 diesen Drachenbaum fand und mit einem Stamme von 15 Meter Umfang beschrieb. Er wurde im Jahre 1868 durch einen Sturm vernichtet, dem er wegen seines hohen Alters nicht mehr standhalten konnte. Berühmt ist auch fernerhin die Platane von Babil-Dere in der Nähe des Bosporus. Hier befindet sich eine sehr bekannte Platanengruppe Jebi-Kardasch, wo angeblich bereits Gottfried von Bouillon gelagert hat. Die älteste dieser Platanengruppe Jebi-Kardasch („Die sieben Brüder“) soll das hohe Alter von 4000 Jahren haben.

Auch die „Platane des Cäsar“ in Trateffus hat angeblich ein Alter von 2000 Jahren erreicht. Sicher ist, daß die Platanen eine Höhe von 30 Meter und einen Stammdurchmesser von 15,4 Meter erreichen. Damit sind sie aber noch nicht die dicksten Bäume, denn es gibt Edelkastanien, deren Stammdurchmesser nicht weniger als 20 Meter beträgt. In den Urwäldern kann man heute noch Bäume von ähnlichem Umfang sehen, und es ist klar, daß diese Riesen auch ein wahres Methusalemalter erlangt haben müssen, bevor sie zu so gewaltigen Größen angewachsen sind. Oft genug sind heilige oder dem Gedächtnis berühmter Leute geweihte Bäume, die angeblich über ein ungeheures Alter verfügen, bereits seit langer Zeit abgestorben und durch neue ersetzt, während die fromme Legende von diesen Tatsachen nichts berichtet, um dem Baum nicht seine Weihe zu nehmen. Zu diesen berühmten Bäumen gehörte der Feigenbaum am Fuße des palatinischen Hügel, an dem die Wulde mit den ausgelegten Kindern Romulus und Remus hängengeblieben war, unter dem sie angeblich von einer Wölfin gesäugt wurden. Im Anschluß daran sei mitgeteilt, daß man für mehrere Bäume ein sehr hohes Alter auch wissenschaftlich berechnet hat. So glaubt man, daß Zypresse und Eibe ein Alter von 3000 Jahren, die Zeder vom Libanon und die Kastanie ein Alter von 2000 Jahren, die Fichte ein Alter von 1200 Jahren, Lärche und Kiefer ein Alter von 500 bis 700 Jahren und die Buche ein Alter von 300 Jahren erreichen. Es handelt sich also hier um Lebensvorgänge, die, an dem Erdendasein der Menschen gemessen, ungeheuer lang dauernd sind und selbst die Lebensdauer der größten Tiere weit übertreffen.

## Das Kind im Volksmund.

Kinder erziehen ist kein Gänsehüten. Was nicht Kind, wird nimmer Kind. Frühwichtige Kinder werden Tölpel. Kindern ziemen kindische Gebärden.

### Bücher und Zeitschriften

#### Vor zehn Jahren.

Am 28. Juni waren zehn Jahre verflossen seit der Unterzeichnung des Diktates der Sieger in Versailles. Deutschland war auf das tiefste gedemütigt. Leichtsinngig waren die Macht-haber Deutschlands in den Krieg hineingeschliddert. Hochmütig hatten sie alle Bemühungen zu einem vernünftigen Frieden der Verständigung zu gelangen, zurückgewiesen und die Träger dieses Gedankens waren von der heftigsten herrschenden Clique gewissermaßen als Landesverräter stigmatisiert worden. Da kam der Zusammenbruch. Die Faschaden in der obersten Heeresleitung gaben ihr Spiel verloren. Hindenburg und Ludendorff verlangten von der ersten parlamentarischen Reichsregierung kategorisch den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes. Der Anfang vom Ende war da. Am 11. November 1918 wurden die furchterlichen Waffenstillstandsbedingungen unterzeichnet.

Nun begannen die Friedensverhandlungen. Aber nicht zwischen Sieger und Besiegten. Zwischen den Siegermächten allein wurde gefeilscht und geschachert. Ende April 1919 reiste auf die Aufforderung der Sieger eine große Delegation, 180 Personen, darunter etwa 20 Pressevertreter, nach Versailles, um das Diktat der Sieger entgegenzunehmen. Einer dieser Pressevertreter hat nun ein Buch herausgegeben, in welchem die Zeit nach dem Abschluß des Waffenstillstandes bis zur Unterzeichnung des Diktates von Versailles in anschaulicher Weise geschildert wird.

Wer diese Zeit miterlebt hat, denkt schauernd an sie zurück. Die übermütigen Sieger haben den Vertretern der jungen deutschen Republik keine Demütigung erspart. Weit schlimmer aber waren die sogenannten Friedensbedingungen.

\*) Viktor Schiff: So war es in Versailles. Mit Beiträgen von Otto Landsberg, Hermann Müller, Friedrich Stampfer. Verlag J. S. W. Diez Nachf., GmbH, Berlin. Preis gebunden 4 Mk.

Die Friedensdelegation hielt diese Bedingungen für untragbar. Die Nationalversammlung in Weimar war vor eine sehr schwere Entscheidung gestellt. Packend werden in dem Buch die Tage in Weimar geschildert und die Sitzung der Nationalversammlung, in welcher schließlich der Regierung die Ermächtigung zur Unterzeichnung erteilt wurde.

Der starken Darstellungskraft des Verfassers ist es gelungen, ein anschauliches Bild von jenen schlimmen Wochen zu geben, wie sie die verantwortlichen Führer erlebten, als die Nation zwischen Fängen und Bangen hing und schließlich das Ergebnis noch schlimmer war als die schlimmsten Befürchtungen. Annehmen oder ablehnen war damals die Frage, die vom ganzen Volk mit großem Eifer diskutiert wurde. Der Verfasser war für Ablehnung, weil er wie viele andere, hoffte, daß durch die Ablehnung bessere Bedingungen zu erzielen seien. Er fügt hinzu, daß es nicht leicht sei, diese Überzeugung heute, nach zehn Jahren, schwarz auf weiß zu begründen. „Denn die Atmosphäre dieser Zeit läßt sich durch das gedruckte Wort nur sehr mangelhaft schildern.“ An sich ist das richtig. Aber in Wirklichkeit hat es Viktor Schiff verstanden, nicht nur Tatsachen zu berichten, seine Schilderung läßt auch die Atmosphäre jener Zeit wieder lebendig werden. Das Buch, das Kunde gibt von schweren Tagen, ist aber auch erfüllt von Optimismus, der vornehmlich im Schlußkapitel zum Ausdruck kommt. Nach dem Friedensschluß kamen schwere Jahre. Sie sind überwunden worden. Noch sind wir nicht über den Berg. Aber Deutschland hat seine Lebenskraft bewiesen. „Vom Holzzaun in Versailles bis zu dem herzlich-kollegialen Festessen in Genf ist ein ungeheurer weiter Weg, der in erstaunlich kurzer Zeit zurückgelegt wurde.“ So sagt der Verfasser am Schluß seines Buches. Man wird ihm auch zustimmen, wenn er im Vorwort sagt: „Das Zusammenleben der Menschen und Völker wäre unerträglich und undenkbar, wenn sie nicht die Fähigkeit besäßen, zu überwinden, zu vergessen und vor allem vorwärts zu leben.“

Westfront 1918. Bier von der Infanterie. Von Ernst Johannsen. Fadelreiter-Verlag, Hamburg-Bergeedorf. Preis gebunden 2,80 Mk. — Johannsen stand als zwanzig-

jähriger Arbeiter 1918 an der Westfront. Er schildert den Krieg des „gemeinen“ Mannes, indem er vier Infanteristen während ihrer letzten Tage auf ihrem Todeswege begleitet. Alle wirklichen Frontsoldaten werden in diesem erschütternden Buch ein Stück jenes Krieges wiedererkennt, wie sie ihn im Verein mit Millionen selber erlebt und erlitten haben.

**Gachtkunde für Holzarbeiterklassen.** Teil III, Werkzeuge und Maschinen. Von Oberinsp. Prof. G. Großmann und Gewerbeoberlehrer F. Steiniger. 4. Auflage. Mit 253 Abbildungen (IV u. 95 S.). Preis kartoniert 1,60 Mk. — **Rechenbuch für Maurer- und Zimmererklassen.** Von Architekt und Gewerbeoberlehrer W. S. Moeschler. 2. Auflage. Mit 122 Figuren (VI u. 116 S.). Preis kartoniert 2,20 Mk. — Die angezeigten Bücher sind die Hefte 23 und 37 der **Sammlung für gewerbliche Berufsschulen**, die vom Verlag B. G. Teubner, Leipzig und Berlin, herausgegeben wird. Sie sind in erster Linie als Hilfsmittel für die Ausbildung des Nachwuchses gedacht, haben aber auch ihren Wert als Nachschlagebücher für die Praxis. Daß sie ihren Zweck erfüllen, beweist die Notwendigkeit einer zweiten bzw. vierten Auflage.

**Sozialistische Bildung.** Mit den Beilagen „Bücher-warte“ und „Sozialistische Erziehung“. Herausgegeben vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Bezugspreis 1,50 Mk. im Vierteljahr. Die Einzelnummer kostet 75 Pf. Probenummern stellt der Herausgeber gern zur Verfügung.

**Soziale Bauwirtschaft.** Organ des Verbandes sozialer Baubetriebe. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14. Bezugsgebühr vierteljährlich 4,50 Mk., für Gewerkschafter 2,25 Mk. Einzelheft 90 Pf.

**Urania.** Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Preis Ausgabe A (Buchbeigabe broschiert) 1,60 Mk., Ausgabe B (Buchbeigabe in Ganzleinen) 2,25 Mk., Ausgabe C (Buchbeigabe auf bestem holzfreiem Papier) in Ganzleinen 3,— Mk. — Jeder, der die „Urania“ noch nicht näher kennt, sollte sich vom Urania-Verlag in Jena Probehefte und Prospekte anfordern, die dieser gern kostenlos zur Verfügung stellt.

**Fachschule Prosop. g. Rückp.**  
für Wagen- u. Karosseriebau Köthen  
Ausbildung zu Meistern, Technikern,  
Kastenmacher-Kurse, Führerscheine

**Tischlerschule**  
Blankenburg am Harz  
Ausbildung als Meister, Techniker u.  
Innenarchitekt. Programm geg. Rückp.

**Hobelbänke,**  
la Qualität, süddeutsche Ausführung.  
Blatt u. Gestell ged. trock.  
Buchenholz, 200 cm Blattlänge,  
mit Stahlspindeln, zum Reklamepreis  
von 95 Mk. mit Verpackung  
1 re i jeder Station. Abbildungen  
gratis. Werkzeugprospekte gegen  
20 Pf. Briefmarken. Max Walther,  
Dresden 22, Rehfelder Strasse 53.

**SONDERANGEBOT**  
◆ **Das Volkslied für  
Heim und Wanderung**  
320 Lieder mit Noten und Gitarre-  
begleitung von Hermann Böse  
Organisationspreis: in **2 Mark**  
Ganzleinen gebunden  
Bestellungen sofort erbeten. Lieferung  
zu diesem Preise nur solange die Be-  
stände reichen. — **Verlagsanstalt des  
Deutschen Holzarbeiter-Verbandes,**  
GmbH, Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2

**Wir empfehlen:**  
**15 Schlafzimmer  
der Gegenwart.**  
Ausgeführt dargestellt auf  
einseitig bedruckten Tafeln,  
als Katalog gefast  
von **M. B. Hans Herzer**  
Preis **5 Mark.**  
Für Verbandsglieder beim  
Bezug durch die Bewerkschaf-  
stelle **4 Mark**  
**Verlagsanstalt d. Deutschen  
Holzarbeiter-Verbandes,**  
G. m. b. H., Berlin SO. 16.

**Innungs-Tilchler-Fachschule  
in Beckum (Westf.).** Prospekt  
1 re i durch die Leitung Höhner & Kraft.

**Sperrholz**  
in allen Holzarten,  
auch zugeschnittene Masse  
jederzeit prompt lieferbar.  
**F. Max Junghanns, G.m.b.H.,**  
Sperrholz - Furniere - Werkzeuge.  
Dresden - N. 15, Arsenal, Eingang A.

**Hobelbänke 75RM**  
2 m lg., la Qualität, Blatt beste ged.  
Rotb. Stahlsp., kompl. Preisl. gratis.  
Kari Ramisch, Pirna, Artilleriekaserne 6

**Tischlerfachschule**  
Ilmenau i. Thür.  
Ausbildung schnell und gründlich.  
Eigene Werkstatt für Meisterstücke.

**Ulmia-Hobel**  
Rauhbank, Putzhobel, Doppelhobel,  
Schlichthobel, Schrophobel Mk. 31,-  
frei Haus. Putzhobel mit verstellbarem  
Maul Mk. 5,50. Stiechisen „Kirsche“  
mit Patentheften, 6 Stück Mk. 7,85.  
Nichtgefällendes nehme ich zurück.  
**M. Walther, Dresden-Neustadt**  
Rehfelder Strasse 53.

**Hobelbänke**  
m. franz. Vorderzange, Eisenspindeln,  
komplett von 48 Mk. an. Werkzeuge  
in nur guter Qualität. Holzwaren.  
Preisliste gratis.  
**Heinrich Vetter, Niederrhahl (Wtbg.),**  
Hobelbank- und Werkzeugfabrik.

**Billige böhm.  
Bettfedern**  
nur reine, gutfällend.  
Sorten. — Ein Kilo  
graue geschlossene  
3 Mk., halbweiße  
4 Mk., weiße 5 Mk.,  
bessere 6 Mk., 7 Mk., daunenweich  
8 Mk., 10 Mk., beste Sorte 12 Mk.,  
14 Mk., weiße ungeschlossene 7,50 Mk.,  
9,50 Mk., beste Sorte 11 Mk. Versand  
portofrei, zollfrei gegen Nachnahme.  
Muster frei. Umtausch und Rück-  
nahme gestattet. **Bezeichnet Sachsel,**  
L. o. b. e. s. Nr. 782 bei Pilsen, Böhmen.

### „Wie der Tischler zeichnet“

findet man in den beiden Bänden  
**PRAKTISCHE WINKE**  
von Arch. Schultheiss und Ulrich

**BAND I**  
in Ganzleinen gebunden, enthält:  
Wie konstruiere ich?  
Massenmen im Bau  
Möbelmasse  
Kalkulation  
Buchführung  
Die maschinelle Einrichtung

**BAND II**  
in Ganzleinen gebunden, enthält:  
Vom Fachzeichnen des Tischlers  
Die Werkstattzeichnung  
Perspektive  
Bautischlerarbeiten  
Herstellung der Türen und Fenster  
Fachtechnisches  
Werbetätigkeit

Jeder Band 2,75 Mark, zusammen bezogen 5 Mark

**Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Ver-  
bandes G.m.b.H., Berlin SO16, Am Kölln. Park 2**

**Laubsäge**  
KATZEN  
GRATIS  
HOLZBRAND-KERBESCHNITT  
J. Brendel Mutterstadt 43 M  
WERKZEUGE - HOLZ - VORLAGEN

**Herren-Ankeruhr**  
2 Jahre Garant. Zahl 1-24.  
versilb., mit Goldr., 30 St.  
pr. Werk. genau regul., mit  
Kapsel u. echt Nickelkette,  
zusammen nur **6,75**  
kleinere Form **9,25**  
Neusilb., bess. Werk. **12,25**  
**UHREN-KLOSE**  
Berlin 29 (21), Zossener Strasse 8

**Bleifeder**  
Qualitäts - Fahrräder  
liefert  
ab Fabrik  
on **53 Mk. an**  
mit Garantie  
**Carl Buschkamp, Brackwede**  
(Westf.). Katalog kostenlos.

**Spottbillig abzugeben:**  
Hobelbankspindeln Satz 6 M.; eiserne  
Hobelbankzangenführung je 10 M.;  
Drechslerdrehbänke je 90 M.; eine  
Rundstabhobelmaschine 70 M.; sechs  
Fugeneinbauten mit Eisenständer  
je 60 M.; Tischschnellbohrmaschinen,  
bis 15 mm bohrend, neu, je 48 M.  
**Gebr. Haase, GmbH., Liegnitz.**

### Sprechmaschinen-Laufwerke

z. Selbst- la Doppelschneckenfederwerk  
einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend)  
neueste allem Zubehör, wie Mattern, Gummiunterlagen,  
Bremsen, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm Platten-  
steller m. Tuchzeug, Nickelklappbügelarm, **Mark 26**  
in **Aluminium-Schalldose** franko nur.  
Tonführungen an Holz und Metall nach Katalog.

Versand p. Nachn. Katalog gratis u. franko an jedermann von  
**ROBERT HUSBERG - Neuenrade i. W. 10**

### Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf.,  
bessere Qualität 1 Mk., **halbweiße** flaumige 1,20 Mk.,  
und 1,40 Mk., **weiße** flaumige, geschlossene 1,70 Mk.,  
2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk.; feinste geschlossene **Halbflaume**  
**Herrschaftsfedern** 4 Mk., 5 Mk., 6 Mk. **Rupffedern**,  
ungeschlossene, m. Flaum gemengt, **halbweiße** 1,75 Mk.,  
**weiße** 2,40 Mk., 3 Mk.; allerfeinster **Flaumrupf** 3,50, 4,50 Mk. Versand  
jeder beliebigen Menge **zollfrei** gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko.  
Muster und Preisliste kostenlos.  
**S. Benisch in Prag XII, Amerika ul. Nr. 26/180, Böhmen.**

### Gummiwaren

Gyglen, Artikel, Preisliste 0 gratis.  
„Medicus“  
Berlin SW. 68, Alte Jakobstraße 8.

**Echt  
ULMIA**  
Putz- und Doppelhobel... 5,50 M.  
Andere Werkzeuge auf Anfrage  
Versand per Nachnahme  
**Leop. Reichelt, Löbau (Sa.).**

### Betten

garantiert federdicht gestreiftes Inlett,  
1 1/2 schläfrig, grosses Oberbett, Unter-  
bett, 1 Kissen mit 14 Pfund grauen  
Federn gefüllt, zusammen 38,50 Mark.  
Dasselbe rot, 2 Kissen mit 16 Pfund  
besseren grauen Federn, 63,— Mark.

**Bettfedern**  
graue, pro Pfund 0,95 Mark, bessere  
1,50 Mark, graue Halbdaunen 3,25  
Mark, weiße Federn 4,95 Mark, graue  
Daunen 8,50 Mark. Metallbetten und  
Matratzen billig. **Prachtfrei.** Tausende  
Dankschreiben. Muster und  
Katalog frei.  
Bei Nichtgefallen das Geld zurück.  
**Bettenfabrik Th. Kranefuss**  
Kassel 268, Bettfederngross-  
handlung u. Versand, Oeogr. 1895.

### Preisliste für Bleistifte und Maßstäbe

Bleistift Nr.	Farbe	Dyb.	Gros
275	rund, rot poliert	0,50	5,— Mk.
111	rund, weiß, Härte 3 und 4	0,50	6,— Mk.
284	Rafael, rund, Härte 2 und 3	0,55	8,60 Mk.
409	rot poliert, festhaltig, Härte 2 u. 3	0,85	7,80 Mk.
305	grün poliert, festhaltig, Härte 2 u. 3	1,—	11,— Mk.
618	flach, weiß, Zimmerm., 20 cm lang	0,75	8,40 Mk.
2824	flach, rot, Zimmerm., 20 cm lang	0,85	9,60 Mk.
1250	„Apollo“ in 15 Härten, 6B bis 7H	3,30	36,— Mk.
	Roperstifte „Apollo“, beste Dual, hart, mittel, weich	3,30	36,— Mk.
	Farbstifte, blau und rot	1,10	12,— Mk.
	Signierstifte, blau	1,40	15,— Mk.
	Graphitstifte, schwarz	1,40	15,— Mk.
		Ein.	Dyb.
Maßstäbe Nr. 907a	2a, o. Feder, 1m, Meter/Meter	0,40	4,40 Mk.
Maßstäbe Nr. 907b	2b, o. Feder, 1m, Meter/Rheinl.	0,40	4,40 Mk.
Maßstäbe Nr. 1078a	102a, m. Feder, 1m, Meter/Meter	0,85	7,20 Mk.
Maßstäbe Nr. 1078b	102b, m. Feder, 1m, Meter/Rheinl.	0,85	7,20 Mk.
Maßstäbe Nr. 1086a	108a, m. Feder, 2m, Meter/Meter	1,20	13,— Mk.
Maßstäbe Nr. 1086b	108b, m. Feder, 2m, Meter/Rheinl.	1,—	11,— Mk.
Schwindmaßstäbe Nr. 2082	o. Feder, 1 1/2, 2, 2 1/2, 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12, 15, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 80, 100	0,90	8,60 Mk.
Schwindmaßstäbe Nr. 2082	m. Feder, 1 1/2, 2, 2 1/2, 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12, 15, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 80, 100	0,80	8,40 Mk.

Diese Preise gelten nur beim Bezug durch die Verwaltungsstelle.  
Sonn erfolgt Lieferung nur gegen Voreinsendung des Betrages!

**Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes**  
GmbH., Berlin SO. 16, Am Kölln. Park 2. Postfach (D.H.V.) 28397.

**Alles fährt LINDCAR**

**Kleinste RATEN Ohne ANZAHLUNG**

**LINDCAR FAHRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT**  
BERLIN - LICHTENRADE

**UNTERNEHMEN DER GEWERKSCHAFTEN**

Auskunft und Bestellung durch die Verbandsbüros oder Ortsausschüsse des ADGB.